



# Evangelische Verantwortung

## Dem Frieden dienen – die Kirche und die Bundeswehr

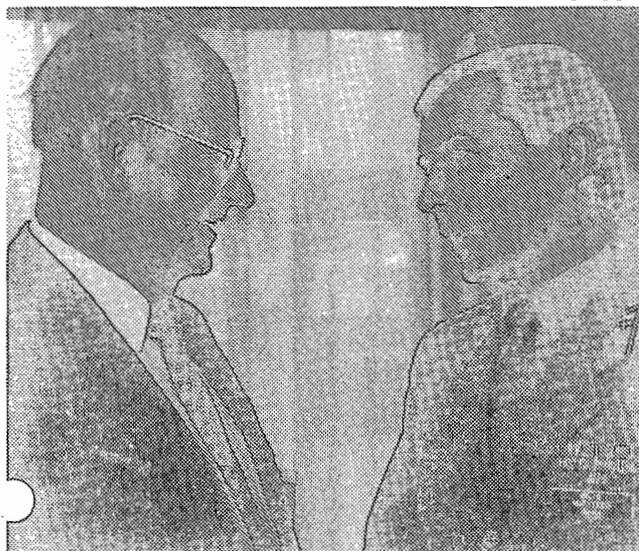
Reinhard Gramm

„Aufgabe des Militärgeistlichen ist der Dienst am Wort und Sakrament und die Seelsorge“. So beschreibt der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge – verkürzt Militärseelsorgevertrag genannt – den Auftrag der Kirche unter den Soldaten. Und es gibt keinen Zweifel darüber, daß Wort und Sakrament, Gottesdienst und Abendmahl, Bibel und Gesangbuch die Grundpfeiler des militärseelsorgerischen Dienstes in den Streitkräften bilden. Im Standortgottesdienst der Garnison oder im Feldgottesdienst auf dem Truppenübungsplatz, im Rüstzeitenheim oder auf dem Schiff der Bundesmarine, immer geht es um den gleichen Auftrag, der der ganzen Kirche gleichermaßen anvertraut ist: Menschen unter das Wort Gottes zu rufen, ihnen das Evangelium zu verkündigen und sie im Lobpreis Gottes und im Gebet zu versammeln.

Schwieriger wird es, das Wort Seelsorge zu erläutern. Natürlich gehört dazu die ganze Breite dessen, was auch in der Gesamtkirche ein Gemeindepfarrer unter Seelsorge versteht: Die Fragen nach Gott und nach dem Sinn des Lebens, Probleme der Partnerschaft mit Liebe und Ehe und der Versuch, persönliche Orientierung und Hilfe zu finden in einer Zeit stürmischer,

geistiger Wandlungen. In der persönlichen Seelsorge lassen sich Heil und Wohl nicht trennen. Beide haben ihre Berechtigung.

Aber der Dienst der Militärseelsorge vollzieht sich an meist jungen Menschen, die nicht nur Christen und Zeitgenossen, sondern Soldaten sind. Dies wirft besondere, gruppenspezifische Fragen auf, so die nach dem 5. Gebot „Du sollst nicht töten“, der Vereinbarkeit von Christ- und Soldatsein, der atomaren Abschreckung, einer umfassenden Friedensethik und von Eid und Gelöbnis. Schon bald hat die Militärseelsorge erkannt, daß sie an diesen brennenden Problemen nicht vorüber gehen darf, sondern daß sie als seelsorgerischer Begleiter verpflichtet ist, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rat und Hilfe zu vermitteln. Wie bei jeder anderen kirchlichen Gruppenseelsorge (Polizeipfarrer, Krankenhauspfarrer, Jugendpfarrer, Schulpfarrer usw.) gehört



Generaldekan Reinhard Gramm im Gespräch mit Oberstleutnant i. G. Victor Murnykov – UdSSR – April 1989

*Liebe Leser,*

der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hatte sich auf dem 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 7.–11. Juni 1989 unter dem Motto „Menschenrechte im Gespräch“ den Besuchern auf dem Markt der Möglichkeiten gestellt (eine erste Auswertung finden Sie auf den Seiten 9-11).

Am Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der Jungen Union und des RCDS konnte man mit den meisten jungen Menschen in Ruhe und Sachlichkeit sprechen: Man hört sich wieder zu. Es kam vor, daß während des Gesprächs einer die Bibel hervorzog, und aus der Diskussion wurde eine Bibelarbeit.

Konfrontiert wurde man allerdings auch mit erschreckenden Ansichten junger Menschen. Was geht in Köpfen vor, die von der Schweiz meinen, daß dort die Menschenrechte nur unzulänglich geachtet würden, weil es das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht gebe? Alles andere, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, Wahlfreiheit, Sicherheit des Rechtsstaates wurde als relativ zweitrangig gesehen.

Kirchentag signalisiert nicht nur die Bereitschaft, nach Gottes Gebot zu fragen, sondern auch eine Offenheit, die zur Kontinuität führen kann, eine Intensität des Empfindens, die zur Handlungsunfähigkeit entarten kann. Das aber gibt Kirche wie Staat zu denken.

*Ihr  
Albrecht Martin*

Fortsetzung nächste Seite

darum auch zum Militärpfarrer die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, an die Seite seiner Hörer zu treten, dort zu sitzen, wo sie sitzen. Er braucht einführende Identifikation, er muß die Umwelt erforschen, in die hinein er seine Botschaft verkündigt.

Diese notwendige Komponente der Solidarität reicht aber nicht aus. Zu ihr gehört die kritische Funktion. Sie beschreibt das Freiheitselement der Militärseelsorge. Es wächst aus der Besonderheit des kirchlichen Auftrages und hat seinen Ursprung im Evangelium, also in der Freiheit der Verkündigung. Dennoch reichen biblische Kategorien allein nicht aus. Der Militärseelsorger wird sie in Beziehung setzen müssen zu den Problem- und Konfliktfeldern der Soldaten. In den meisten Fällen wird nur eine von der Liebe gelenkte Vernunft Wege zeigen können. Kritische Solidarität bzw. kritische Sympathie umschreiben darum sachgemäß die Handlungsweise der Militärseelsorge. Diese besondere Verantwortung der Gruppenseelsorge in der Bundeswehr wird in der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv 66/1 Militärseelsorge) so formuliert: „Sie . . . hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist“.

#### Militärseelsorge als Gesprächspartner

Für diese geistig-theologische Problematik gilt: Viele Inhalte verdankt die Militärseelsorge bis zum heutigen Tag dem Zeugnis ihrer Kirche. Ebenso hat sie selbständig viele Fragen angehen und Lösungen suchen müssen. Mit letzterem hat sie ihre besondere Aufgabe als Gruppenseelsorge wahr- und ernstgenommen und geistig-geistliche Hilfen für Soldaten gegeben, die zum Teil auch auf den kirchlich-gesellschaftlichen Raum eingewirkt haben. Bindung an das Gesamtzeugnis der Kirche und Eigenständigkeit charakterisieren die bleibende, aufregende und fruchtbare Spannung, die der Militärseelsorge auferlegt ist.

Selbstverständlich ist der Militärpfarrer nicht der Alleswisser, nicht der Besserwisser und schon gar nicht die Gouvernante der Bundeswehr. Obwohl er als Insider auch einiges von der Strategie- oder Abrüstungsdiskussion kennen sollte, interes-

sieren ihn dabei die theologisch-ethischen Grundsatzfragen. Für rein militärpolitische Fragen will, kann und darf der Militärseelsorger kein Mandat beanspruchen. Als Gesprächspartner hat er jedenfalls seinen Dienst so auszurichten, daß folgende Mißverständnisse nicht aufkommen:

Die Kirche weiß alles besser, die Kirche hat die Lösung für alle Konflikte, die Kirche hat die Sachkunde dafür unmittelbar aus der Botschaft der Bibel. Als Begleiter seiner Soldaten wird er mitdenken und mittragen, was gilt und gelten soll. Dabei geht es selten um entweder-oder, sondern meist nur um mehr oder weniger.

Zahlreich sind die Beiträge, die die Militärseelsorge zu den Fragen des Friedens und der soldatischen Ethik angeregt bzw. geleistet hat. Erinnerung sei nur an die „Heidelberger Thesen“, die 1959 auf Veranlassung von Bischof Kunst erschienen, und die 1981 in der Friedensdenkschrift der EKD eine ausdrückliche Bestätigung gefunden haben. Ebenso sei der Hinweis auf die 1978 entstandenen „14 Friedensthesen aus der Evangelischen Militärseelsorge“ erlaubt. In ihnen wird ein differenzierter Friedensbegriff mit dem soldatischen Dienst zusammengeführt.

Aber zu den vielfältigen geistig-ethischen Impulsen, die durch Publikationen, Vorträge und Gespräche vermittelt werden, gehören auch ganz praktische Schritte. Seit einigen Jahren zeichnen sich Veränderungen in der Großwetterlage von Ost/West ab. Entwicklungen zum Positiven hin scheinen immer möglicher zu werden. Erste, einschneidende Wandlungen lassen den Beginn einer wirklichen Wende wahrscheinlich werden. Diese Entwicklungen werden natürlich auch bei den Soldaten registriert und werfen neue Fragestellungen auf. Mehr als bisher erinnert man sich an den berühmten Harmel-Bericht, der schon 1967 die Aufgaben der Allianz in der dialektischen Ergänzung von Sicherheit und Entspannung beschreibt. In dieser Phase einer neuen Orientierungsmöglichkeit hat auch die Militärseelsorge kleine, eigene Schritte gewagt.

1986, als noch wenig vom Tauwetter zu spüren war, besuchte der Autor mit einer Delegation von Militärdekanen Moskau. Die Reise geschah mit Billi-

gung und Unterstützung der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Bundesministers der Verteidigung. Wiewohl es in Moskau damals leider noch nicht zu Kontakten mit staatlichen Vertretern kam, konnte eine Reihe von Gesprächen mit hohen Würdenträgern der Russisch-Orthodoxen Kirche geführt werden. Dabei ging es darum, soviel wie möglich über die Perestroika zu erfahren und zugleich um Vertrauen zu werben für unser Land, die Evangelische Kirche und die Soldaten der Bundeswehr. Kein Mitglied dieser Delegation war so vermessen, von einem Brückenschlag zu reden. Aber vielleicht konnte ein kleiner Steg über viel Trennendes errichtet werden. Übrigens wurde im Presseorgan der Russisch-Orthodoxen Kirche sehr ausführlich und fair über dieses Ereignis berichtet.

#### „Von Konfrontation zur Kooperation“

Neben einem Besuch von SIPRI/Stockholm (Stockholm International Peace Research Institute) setzte die 34. Gesamtkonferenz evangelischer Militärpfarrer 1989 in Bad Honnef einen folgerichtigen, neuen Akzent. Unter dem Thema „Von Konfrontation zu Kooperation“ sprachen erstmals zu den versammelten Militärg Geistlichen und Soldaten auch Vertreter des Ostblockes, ein russischer Offizier, ein russischer Diplomat und ein Russisch-Orthodoxer Erzbischof. Dabei interessierten nicht nur die Inhalte des Gesagten, sondern vor allem die Tatsache, daß ein auf hohem Niveau geführter fairer Dialog zwischen den jeweiligen Partnern trotz auch unterschiedlicher Positionen gelungen ist.

Ergänzt wurde das Tagungsthema durch vorlaufende Überlegungen zum Komplex des Feindbildes. Sie machten deutlich, daß wir alle nur von Bildern der Wirklichkeit leben, die in den meisten Fällen nicht mit der eigentlichen Wirklichkeit übereinstimmen, daß es also einen bleibenden Unterschied zwischen Wirklichkeit und unserer Wahrnehmung von Wirklichkeit gibt. Wiewohl Feindbilder nicht ohne Wahrheit sein müssen, kommt es darauf an, durch Einübung von Empathie dem Gegenüber so realistisch wie möglich zu erkennen. Empathie meint die Bereitschaft und Fä-

higkeit sich in die Einstellung anderer Menschen einzufühlen. Dieses Mühen um Empathie ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die lebensnotwendige Aufgabe der Kooperation von Ost und West gefördert wird. Denn Feindbilder, aber auch falsche Freundbilder, behindern den Prozeß Frieden.

Damit dürfte zugleich etwas über die geistig-theologische Grundposition der Militärseelsorge angedeutet sein. Natürlich gibt es in der Militärseelsorge eine große Vielfalt. Jeder Militärg Geistliche bleibt seiner eigenen theologischen Herkunft und kirchlichen Prägung verpflichtet. Aber in den Fragen der politischen Ethik schimmert ein Grundkonsens hindurch, um den immer neu gerungen wird: Er bildet sich zwischen Resignation und Schwärmerei. Zu ihm gehören Nüchternheit und Hoffnung. Er nimmt die Realität ernst und hält doch Ausschau nach besseren Lösungen.

Die sich abzeichnenden Veränderungen im Ost/West-Verhältnis wirken sich auch auf das Selbstverständnis des Bundeswehr-Soldaten aus. Zwar hat es nie eine Erziehung zum Haß gegeben. Zweifellos aber verdankt die Bundeswehr ihre Entstehung der Konfrontation der Supermächte. Und die Notwendigkeit der Soldaten wurde überwiegend vom möglichen Gegner her definiert. Darum befindet sich auch die Bundeswehr angesichts der Fortschritte in der Entspannungspolitik in einer Phase der Neuorientierung. Ob es sich (nur) um eine Akzeptanz- oder (sogar) um eine Legitimationskrise handelt, die „Sinnfrage“ der Streitkräfte muß von allen Kräften der Gesellschaft in neuer Weise beantwortet werden.

Weil die politische Hoffnung dahin geht, daß sich der Trend von Feindschaft weg über Gegnerschaft zu Partnerschaft hin weiter entwickelt, sollte auch das Verständnis des Bundeswehr-Soldaten mehr und mehr für diese Entwicklung geöffnet werden. Denn bei allen Abrüstungsverhandlungen geht es längst darum, nicht nur Sicherheit vor dem Gegner, sondern ebenso Sicherheit für den anderen und mit dem anderen auf niedrigem Niveau zu finden. So verstanden könnte der Soldat der Bundeswehr auch im Sowjetsoldaten seinen Berufskollegen erkennen, der – wie er selbst – seinen Beitrag zum rela-

tiven militärischen Gleichgewicht der Kräfte liefert, das den Politikern aus dieser sicheren Position heraus die Chance gibt, angstfrei miteinander zu reden und zu verhandeln. Die Produktion dieser sicheren Ausgangslage liefert beiden Seiten erst die Voraussetzung dafür, daß Entspannung, also eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit, Schritt für Schritt gelingen kann.

**Vorsorge für die Zukunft**

Im übrigen bleibt es Aufgabe des Staates, seinen Bürgern Sicherheit im Vorletzten auf möglichst vielen Gebieten zu gewähren (sichere Arbeitsplätze, sichere Renten usw.). Militärische Sicherheitspolitik ist und bleibt ein Aspekt dieses Auftrages. Auch wenn es positive Anzeichen für eine hoffentlich friedlichere Zukunft der Völker gibt, haben wir dafür dennoch keine letzte Garantie. Auch die künftige Welt wird nicht frei sein von Spannungen, Konflikten, Zerwürfnissen und Schrecknissen. Denn das Ringen um Macht, Einfluß und Herrschaft geht weiter.

Der Staat muß darum Vorsorge für die Zukunft treffen, um unterschiedlichsten Entwicklungen Rechnung zu tragen. Sicherheitspolitik muß sich darum auf günstige, aber auch auf ungünstige Entwicklungen einstellen. Dafür bedarf sie der Streitkräfte, in welcher Form und Größe auch immer. „Denn für sich als Staat zum Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan“, Streitkräfte stehen also zur Verhinderung bzw. Abwehr jedweder Gefahr, sie werden auch dann benötigt, wenn ich heute die vielleicht schon morgen auf mich zukommende Gefahr noch gar nicht erkenne. Im Gefolge dieser Sicht sind auch Soldaten Zeichen dafür, daß die Schöpfung Gottes aus den Fugen geraten ist, daß wir es in allem mit einer Welt zu tun haben, die durch den Sündenfall geprägt ist und darum zerbrechlich, gefährdet und schutzbedürftig bleibt.

Dankbar vermerkt die Militärseelsorge, daß ihre Arbeit von der Gesamtkirche mitgetragen wird, und daß sie volle Unterstützung von den kirchenleitenden Organen erfährt. Dennoch ist sie nicht für alle ein geliebtes Kind. Immer wieder fordern Gruppen an der kirchli-

chen Basis eine Revision der derzeitigen Arbeitsweise. Manchmal schmerzt es, wenn die Militärseelsorge immer wieder Mißtrauen und Unterstellungen begegnet. Dazu darf vermutet werden, daß sich hinter

manchen wohlklingenden Reformvorschlägen ganz andere, ideologische Konzepte verbergen.

Dennoch tut die Militärseelsorge ihren Dienst in Freude.

Sie weiß sich von ihrer Kirche unter die Soldaten gesandt und bleibt dabei ihrer Kirche verpflichtet. Mit ihrem Losungswort vertraut sie den Zusagen unseres Gottes: Domini sumus – Wir sind des Herren.

# Unsere Bundeswehr – Partner im Abrüstungsdialog

Paul Breuer

**In letzter Zeit wird von einer Stimmungslage in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Bundeswehr geredet, die oft als „Akzeptanzkrise der Bundeswehr“ bezeichnet wird. Diese Krise gibt es m. E. nicht, allenfalls ist die Sicherheitspolitik erklärungsbedürftig in einer Welt, in der sich strukturelle Veränderungen andeuten. Es bleibt festzustellen, daß die Bundeswehr als demokratisch legitimierte und kontrollierte Streitmacht von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und auch von den wehrpflichtigen jungen Männern befürwortet wird. Wie erklärt sich dann aber die hauptsächlich in der veröffentlichten Meinung geführte Diskussion über die sogenannte „Akzeptanzkrise“?**

„Glasnost“ und „Perestroika“ sind in diesem Zusammenhang wesentliche Stichworte. Die begrüßenswerten Abrüstungsvorschläge Gorbatschows bringen – vordergründig betrachtet – die Bundeswehr und die NATO in Zugzwang. Diese Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage verdient eine nähere Betrachtung, an deren Anfang die Einbindung der Bundeswehr in unsere Gesellschaft stehen sollte.

**Verteidigungsauftrag im Grundgesetz verankert**

Die Legitimation der Bundeswehr ist verankert in dem selbstverständlichen Recht jedes souveränen Staates auf kollektive Verteidigung. Dieses Recht und dieser Auftrag sind niedergelegt in Artikel 87 a des Grundgesetzes. Die Existenznotwendigkeit der Bundeswehr leitet sich deshalb nicht aus einem subjektiv

empfangenen Bedrohungsgefühl ab. Sie kann deshalb auch nicht in das Ermessen des einzelnen gestellt werden. Die Pflicht der Staatsführung, das Gemeinwesen gegen äußere Gefahren zu schützen, kann daher auch nicht enden, wenn in Teilen der Bevölkerung das Bedrohungsbewußtsein abnimmt. Die Aufgabe verantwortungsbewußter Sicherheitspolitik ist die Kriegsverhinderung und die langfristige Sicherstellung der politischen Selbstbestimmung. Das ist der Bundeswehr als Partner im westlichen Bündnis bisher ausgezeichnet gelungen. Nicht trotz, sondern wegen Bundeswehr und NATO leben wir als Deutsche in der längsten Friedensperiode der Neuzeit.

**Unvereinbare Gesellschaftssysteme**

Da trotz Bedrohung und erheblicher Konflikte – auch in Europa – der äußere Friede gewahrt werden konnte, hat sich ein Gefühl der Gewöhnung eingestellt. Die Sicherheit in Freiheit wird als selbstverständlich angesehen. Daher stellen sich viele Bürger unseres Landes die Frage, ob immer noch so große Anstrengungen für den Schutz nach außen angesichts viel wichtiger erscheinender Probleme unternommen werden müssen. Bei dieser Haltung wird der Tatsache zu wenig Beachtung geschenkt, daß das westliche Bündnis mehr ist als eine Sicherheitsgemeinschaft: Es ist auch eine Wertegemeinschaft, in der die Bundesrepublik mit zwei Beinen steht. Das eine ist die Bundeswehr, das andere ist die wirtschaftliche und soziale Sta-

bilität, die der Bundesrepublik zu ihrer heutigen Prosperität verholfen haben. Beide Faktoren bedingen einander. Der freie Handel und Wandel in der westlichen Welt ist ohne Sicherheitsbündnis nicht möglich, ebenso wie eine wirksame Verteidigung wirtschaftliche und technologische Kraft und Kreativität zur Voraussetzung hat.



Paul Breuer, MdB, Beauftragter der CDU für die Bundeswehr

In der Öffentlichkeit spielen vor allem auch die tatsächlichen und vermeintlichen Veränderungen in der Sowjetunion eine Rolle. Hier stellt sich die Frage: Schwenden denn tatsächlich die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Ost und West? Die Hoffnung auf Beseitigung der bedrohlichen Gegensätze zwischen Ost und West wird für manche schon zu greifbarer Wirklichkeit. Die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows scheinen diese Haltung zu bestätigen.

Aus persönlicher Erfahrung aber wissen wir, daß Wort und Tat oft auseinanderklaffen können, ob beabsichtigt, unbeabsichtigt oder wegen unabwendbarer Zwänge. Deshalb sind Ankündigungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das gilt

Durchschnittliche KDV* Zahlen	
Geburtsjahrgang	KDV in %
1949–1952	3,5 %
1953–1956	6,1 %
1957–1969	8,5 %
1961–1964	10,0 %
1965–1968	12,0 %

\*KDV = Kriegsdienstverweigerer

auch für die Bewertung der sicherheitspolitischen Vorschläge der Sowjetunion, denn wir wollen der Verantwortung für den Schutz unserer freiheitlichen Lebensordnung langfristig gerecht werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß sich die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Gesellschaftsordnungen in Ost und West bisher nicht verändert haben.

### Verteidigungsfähig und dialogbereit

Auch wenn die sowjetischen Verhandlungsvorschläge Wandel andeuten, kommt es für die Bundesrepublik darauf an, aus gesicherter Position auf sie zuzugehen. Dazu bietet das Harmel-Konzept von 1967 nach wie vor das richtige Zusammenspiel zwischen Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft. Beides, das erste als Voraussetzung für das zweite, sollen zu größerer Sicherheit führen, und die erfolgreiche Geschichte der Allianz hat uns gezeigt, daß dies auch tatsächlich gelungen ist. Bestes Beispiel ist der NATO-Doppelbeschluß, der dazu geführt hat, daß mit dem INF-Vertrag erstmals die Grundlage für die Beseitigung einer ganzen Waffengattung geschaffen worden ist. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, daß sich die Entwicklung bis zum Abschluß des INF-Vertrags über 10 Jahre erstreckt hat.

### „In der Sache des Friedens ist man immer unterwegs“

hat einmal der Militärgeneraldekan Reinhard Gramm gesagt. Das soll heißen: Der Friede ist ein Prozeß, der langsam vorangeht und vor Irritationen und Unterbrechungen nicht sicher ist. Wir als Deutsche an der Naht zwischen Ost und West müssen uns unserer besonderen Verantwortung bewußt sein und zu ihr stehen. Vorzeitige, nicht mit dem Bündnis abgestimmte, unausgereifte und einseitige Schritte schaffen Unsicherheit. Verhandlungen über Fragen von existenzieller Bedeutung bedürfen des Augenmaßes und eines langen Atems, um am Ende Vertrauen zu schaffen und Vereinbarungen treffen zu können, die Zukunft haben.

Wir wollen Erfolge in den Rüstungskontrollverhandlungen in Wien. Das Ziel bei Verhandlungen mit der Sowjetunion ist es, Sicherheit, Stabilität und Vertrauen mit geringeren militärischen Potentialen weiter zu festigen. Die Bundes-

wehr und die Streitkräfte der Verbündeten sind knapp bemessen und reichen auf der Basis des heutigen Kräfteverhältnisses gerade aus, um eine wirkungsvolle Verteidigung unmittelbar an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Pakts zu gewährleisten. Eine Reduzierung der Streitkräfte hat dort ihre Grenze, wo dieser Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllt

der derzeitigen Lage nicht darauf an – wie es hier und da gefordert wird –, ein „Entspannungssignal“ zu geben, das zu einer Reduzierung der Bundeswehr und damit zu einer Erhöhung des Kräfteungleichgewichts führen würde. Vielmehr kommt es darauf an, in den Wiener Rüstungskontrollverhandlungen nachhaltig für den weiteren Abbau der konventio-

Streitkräftereduzierungen auf beiden Seiten kommen.

### Soldaten nicht ausgrenzen

Innenpolitisch betrachtet sehen sich die Soldaten der Bundeswehr in eine Situation gedrängt, in der sie sich für ihren Auftrag rechtfertigen müssen. Das hat die erwähnten außenpolitischen Ursachen, aber auch gewisse Kreise in der Bundesrepublik unternehmen den Versuch der moralischen Ausgrenzung unserer Bundeswehr-Soldaten. Der inzwischen hinlänglich bekannte Aufruf zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung von Frau Benz-Overhage, die in der IG-Metall als Bundesvorstandsmitglied für die Jugendarbeit zuständig ist, oder der Aufruf der neuen Medien seien hier nur als ein Beispiel genannt. Die Soldaten sind z. T. bis in den privaten Bereich hinein massiven Diffamierungen ausgesetzt.

Die CDU als klassische Partei der Sicherheit und des Selbstbehauptungswillens der deutschen Demokratie wird allen Versuchen entgegenzutreten, die Soldaten der Bundeswehr moralisch, politisch, gesellschaftlich und sozial auszugrenzen. Der Souverän, spricht das Volk, hat der Bundeswehr ihren Auftrag erteilt. Jeder in politischer Verantwortung Stehende hat die Pflicht, der Truppe den Rücken zu stärken und ihre Belange zu vertreten. Meine Ernennung zum Beauftragten der CDU für die Bundeswehr ist auch eine Fortsetzung der Tradition in der Union, die stets an der Seite der Bundeswehr gestanden hat. Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren die Bundeswehr zielstrebig und erfolgreich gestärkt. Sie kann auf eine gute Bilanz für die Politik der Soldaten bauen. Sie hat die Personallage bei der Bundeswehr spürbar verbessert, zusätzliche Leistungen für Soldaten im sozialen Bereich durchgesetzt und bei Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr wichtige Fortschritte erzielt. Diese Politik für die Soldaten wollen wir in den nächsten Jahren ausbauen. Erforderlich sind dabei deutliche Schwerpunkte, die den Anliegen der Soldaten gerecht werden. Unzumutbare soziale Härten müssen abgebaut werden.

Als Beauftragter der CDU für die Bundeswehr trete ich dafür

Als Beauftragter der CDU für die Bundeswehr schlage ich als vordringliche Maßnahme folgende Verbesserungen vor:

#### für Soldaten im Grundwehrdienst

- die Verbesserung der Unterhalts-Sicherungsleistungen für verheiratete Grundwehrdienstleistende. Dazu gehören ein Überbrückungsgeld für den ersten Monat zwischen der Entlassung und der Wiederbeschäftigung, die Einführung eines Weihnachtsgeldes und einer Beihilfe für eine Baby-Erstausrüstung.

- Erstattung von Mietnebenkosten für unverheiratete Grundwehrdienstleistende.

- Die Verbesserung der Familienheimfahrten für Wehrdienstleistende durch kostenlose Benutzung aller EC/IC-Züge ohne Kilometerbegrenzung sowie eine monatliche Entfernungszulage, mit der die Nahverkehrskosten für Familienheimfahrten an Wochenenden pauschal und nach Entfernung gestaffelt abgegolten werden.

- Einführung des Zählkindergeldes in Verbindung mit den beabsichtigten familienpolitischen Verbesserungen der Regierungskoalition.

- Eine „Weiterbildungsoffensive“ zur Erlangung ziviler und militärischer Qualifikationen.

*Diesen Katalog vordringlicher Maßnahmen wird die CDU als Forderung in die Beratungen der Koalition über die kommenden Bundeshaushalte einbringen. Darüber hinaus wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Diskussion über die soziale und gesellschaftliche Lage der Soldaten nach der parlamentarischen Sommerpause durch eine Anhörung vertiefen.*

werden kann. Es gibt Aussichten, daß ein rational geregeltes praktisches Miteinander von Ost und West möglich ist, daß ein erträglicher Modus vivendi gefunden werden kann, der allen Staaten in Europa eine gesicherte Zukunft erlaubt.

Für die Bundesrepublik Deutschland kommt es aber in

#### für Wehrübende

- die Gleichstellung der Wehrübenden aus der privaten Wirtschaft mit denen aus dem öffentlichen Dienst (Einkommen und Rentenversicherung).

#### für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit

- die Verbesserung der Laufbahnerwartungen für Soldaten auf Zeit. Dazu gehören der Wegfall der Besoldungsgruppe A 1 und die Einführung des Spitzendienstgrads A 5 für längerdienende Mannschaften, die Verbesserung der Stellenschlüssel für Stabsunteroffiziere und Oberfeldwebel sowie mehr Planstellen für Spitzendienstgrade der Unteroffiziere.

- Verbesserungen im Zugangskostenrecht durch erhöhte Pauschalvergütungen und die Ausdehnung und die Flexibilisierung der Trennungsgeldzahlung.

- Neukonzeption einer gezielten und frühzeitigen Vorbereitung der als Unteroffiziersdienstgrade ausscheidenden Zeitsoldaten auf den Zivilberuf.

- Verbesserung für ins Ausland kommandierte Soldaten durch die Anhebung der Auslandsdienstzulage.

nellen Überlegenheit und die Abschaffung der Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts einzutreten, um zu einem hinlänglich ausgewogenen Kräfteverhältnis in Europa zu gelangen. Wenn nachprüfbare Ergebnisse vorliegen, kann es unter Beachtung des Prinzips gegenseitiger Sicherheit zu weiteren

# 17. Juni – Ein Gedenktag von aktueller politischer Bedeutung

Eduard Lintner

Vier Jahre nach Ausrufung des kommunistischen Teilstaates in Deutschland gingen die Deutschen am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR auf die Straße, um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einzufordern. 36 Jahre später und 40 Jahre nach der Gründung der DDR werden den Bürgern dort die elementaren Grundrechte immer noch vorenthalten; von daher ist der 17. Juni 1953 nicht ein sich allmählich erledigender Gedenktag und kein bloß historisches Datum. Er ist von höchst aktueller politischer Brisanz, denn sein Anliegen ist immer noch nicht erfüllt. Der nationale Gedenktag am 17. Juni fordert daher unverändert unser ganzes politisches Engagement.

Was denkt sich die DDR-Führung eigentlich dabei, einerseits die eigenen Bürger wie in einer Festung gefangen zu halten, andererseits aber vor der gesamten Weltöffentlichkeit feierlich Menschenrechtsdeklarationen zu unterzeichnen, die sie dann regelmäßig nicht beachtet? So viel ungeschminkter und vertrauenszerstörender Zynismus ist sonst nirgendwo mehr im Ostblock zu finden.

Die SED-Führung hat aus den vergangenen 40 Jahren nichts gelernt. Unverändert zeigt sie sich unfähig, der DDR einen verlässlichen inneren Frieden zu geben, sonst müßte sie den Bürgern ein Mindestmaß an demokratischer Freiheit, politischer Mündigkeit und Wahlmöglichkeit zugestehen.

Fortsetzung von Seite 4

ein, daß die mit dem Grundwehrdienst verbundenen Lasten für die Wehrpflichtigen und ihre Familien materiell akzeptabler gemacht werden. Dem Vorwurf der „Gammlerei“ muß durch gezielte Maßnahmen der Boden entzogen werden. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes Bundeswehr muß verbessert werden.

Die zunehmende Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft erfordert erhebliche Anstrengungen, den Beruf des Soldaten attraktiv zu erhalten und für die 90er Jahre wettbewerbsfähig zu machen. Die mit dem Soldatenberuf verbundenen besonderen Härten für die Familien müssen weit wie möglich abgebaut und materiell ausgeglichen werden. ■

Verständlicherweise geht die Zeit, in der sich die Bevölkerung das ohne Widerstand gefallen gelassen hat, unwiderruflich zu Ende. Die Beispiele in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn wirken dabei als Katalysatoren.

In dieser kritischen Lage ist es kein Wunder, wenn Bürger in letzter Zeit immer häufiger öffentlich demonstrieren und ohne Rücksicht auf zu erwartende persönliche Nachteile Demokratie, Bürgerrechte und Reisefreiheit fordern.

## Hoffnung aufgegeben?

Das hervorstechendste Merkmal dieses unfriedlichen und gesellschaftlich kranken Zustandes in der DDR ist die bis heute wachsende Zahl von Ausreise-

begehren, deren Größenordnung wir nur schätzen können; gewiß beträgt sie aber mehrere 100 000. Diese Menschen wollen ihre vertraute Heimat doch nicht verlassen, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland das Paradies vermuten, wo Milch und Honig fließen; sie wollen der Atmosphäre des Mißtrauens, der ständigen, gängelnden Bevormundung, der allgegenwärtigen Kontrolle, dem lückenlosen Griff der Staatssicherheit und der Perspektivlosigkeit entkommen; kurzum: sie suchen für sich und ihre Kinder die Chance zur Selbstverwirklichung. Diese Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, daß sich in absehbarer Zeit in der DDR etwas ändert. Das ist ein vernichtender Befund.

Im 40sten Jahr ihrer Existenz ist die DDR unwiderruflich an einem Wendepunkt angekommen: Partei und Staatsorgane müssen ihr Verhältnis zum eigenen Bürger bereinigen. Menschenwürdiges Leben ist nur dort möglich, wo der Staat bereit ist, sich dem Willen der Bürger zu beugen und seine Macht rechtsstaatlich zu beschränken. Dann bräuchte es das Monstrum Mauer nicht mehr.

Weitaus die meisten Deutschen würden dann in der vertrauten Umgebung und Gesellschaft bleiben. Die Mauer ist das Symbol für alles, was das autoritäre kommunistische Regime seinen Untertanen vorenthält und zumutet, aus geschaffener Mißachtung der menschlichen Würde.

Robert Havemann, jener Marxist und kritische Wegbegleiter der DDR, hat im Rückblick auf den 17. Juni 1953 einmal formuliert:

*»Ich war dafür eingetreten, daß Freiheit die freie Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten bedeutet und daß um so mehr Freiheit ist, je mehr Möglichkeiten uns die Gesellschaft bietet.«*

Diese selbstverständliche Forderung ist in der DDR bis heute nicht eingelöst.

Ann.:

Eduard Lintner ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.

## Aussiedler – Fremde in der Heimat

### Die Identität eines siebenbürgischen Jugendlichen, der in der Bundesrepublik Deutschland lebt

Agnes Franchy

Wie sieht die Identität eines siebenbürgischen Jugendlichen aus, der in der Bundesrepublik Deutschland lebt? Die Frage scheint mir heute aktueller denn je, besonders wegen der öffentlich politisch diskutierten Problematik der Aussiedler.

Die Aussiedler werden seit der Ära Gorbatschow von der Bundesbevölkerung geradezu als gefährliche Invasion angesehen. Es geht dabei bekanntlich um Angst, was Arbeitsplatz und Wohnmangel anbetrifft, aber auch um Platzangst im Bereich der kulturellen und religiösen Entfaltungsansprüche der sich in diesem Land bildenden Gruppierungen. Diese Angst herrscht auch im Blick auf die in

der Bundesrepublik lebenden Ausländer und Asylanten.

In der breiten Öffentlichkeit wird leider kein Unterschied zwischen Asylanten, Ausländern und Aussiedlern gemacht. Darum müssen auch die Siebenbürger Sachsen diese neue Situation zur Kenntnis nehmen. (Nebenbei gesagt: Asylanten, Ausländer und Aussiedler sind durchaus ähnliche Gruppen, die vor allem auf menschliche Offenheit und nicht allein auf so-

ziale Unterstützung angewiesen sind.)

## Dem Informationsmangel begegnen

Nach meinen Beobachtungen sind die erheblichen Unterschiede zwischen Aussiedlern und Asylanten oder Ausländern, vor allem was ihre Religion, Kultur und Sprache, insbesondere aber ihre Geschichte betrifft, mangels fachlicher Information einerseits und zunehmender Tendenzen zum Säkularismus andererseits für breite Bevölkerungsschichten, überwiegend für die jüngere Generation, unsichtbar.

Seit meiner Einwanderung in die Bundesrepublik zusammen mit meinen Eltern vor elf Jahren, begegne ich dem Informationsmangel auf Schritt und Tritt. Dieser Umstand muß seitens der Aussiedler, in unserem Fall seitens der Siebenbürger Sachsen gesehen werden und es muß versucht werden, diesem Informationsmangel zu begegnen.

Die Religionszugehörigkeit zur evangelisch-lutherischen Kirche oder die deutsche Sprache, die von siebenbürgischen Aussiedlern zunehmend schlecht gesprochen wird, ist hierzulande für den Normalbürger keine einsichtige Argumentation, um von heute auf morgen als deutscher Bürger anerkannt zu werden. Daß die deutsche Sprache und Kultur, die bei uns Siebenbürger Sachsen unter allen Aussiedlern noch am ehesten vorhanden ist, trotzdem für die Anerkennung als Deutscher in der Bevölkerung nicht relevant ist, hat freilich m. E. auch mit dem nationalen Identitätsverlust der Deutschen nach 1945 zu tun.

Was die konfessionelle Zugehörigkeit zur Evangelisch-Lutherischen Kirche angeht, ist ebenfalls keine zwingende Solidarisierung von Seiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) den Siebenbürger Sachsen gegenüber gegeben. Im Bereich der EKD ist ein pluralistisches Bild anzutreffen, das nicht volkscirchlich geprägt ist. Innerhalb der Kirche ist wenig Verständnis für den Auswanderungswillen der Aussiedler zu beobachten. Nur äußerste Not, wie sie im Fall der Asylsuchenden besteht, rechtfertigt Hilfe.

Ein weiterer Informationsmangel besteht im Bereich der Geschichtskennntnisse, die jüngere Geschichte der im Osten lebenden deutschen Gruppen betreffend. Dieser Mangel ist übrigens bei Siebenbürger Sachsen ebenso groß wie bei den Bundesbürgern, bei denen diese Kenntnisse nicht zwingend vorausgesetzt werden können. An diesem Punkt sind vor allem die Historiker sowie die Zeitzeugen gefragt, die zum eigenen Verständnis der Siebenbürger Sachsen ihren Beitrag leisten sollten.

Soweit mir bekannt ist, wurde es nach Kriegsende 1945 versäumt, Beschlüsse zu fassen oder Verträge darüber auszuar-

beiten, wie das Schicksal der Deutschen in den östlichen Ländern aussehen soll. Die Annahme, daß diese Gruppen von den jeweiligen Ländern und Nationen, zu denen sie zwangsläufig nach 1945 gehörten, aufgesogen, umgeprägt und sozialisiert werden, hat sich nicht bewahrheitet. Das nationale Minderheitenproblem ist heute in der UdSSR größer denn je und Gorbatschow scheint durch die Genehmigung zur Auswanderung



Am 14. 2. 1962 wurde Agnes Franchy in Bistritz (Rumänien) geboren. Mit ihren Eltern kam sie 1978 im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland. Seit dem Wintersemester 1981/82 studiert sie Evangelische Theologie, seit 1987 in Bonn.

seiner deutschen Minderheit ein nationales Problem mehr beseitigen zu wollen.

Das nationale Minderheitenproblem im Osten ist also in 40 Jahren nicht verschwunden. Indessen hat in der Bundesrepublik eine rapide Veränderung, durch Fortschritt und Wohlstand geprägt, stattgefunden. Sie hat das Individuum gefördert und zu seiner freien Entfaltung angeregt. Gruppenzugehörigkeit, von einheitlicher Kultur und einem nationalen Gefühl getragen, war nicht gefragt. Nach dem schändlichen Mißbrauch des nationalen Gruppengefühls durch den Nationalsozialismus ist diese Entwicklung verständlich und die Hochzüchtung solchen Nationalbewußtseins sollte keine Wiederholung erfahren.

#### Schwierigkeiten bei der Integration

Das nationale Minderheitenproblem in den Ostblockstaaten trägt zu der Aussiedlerwelle bei. Doch die großen Zahlen von Aussiedlern rechtfertigen in der Bundesrepublik keine besonderen Minderheitenansprüche, da durch die Rückkehr ins Mutter-

#### Am 8. Mai veröffentlichten die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz zum Thema Aussiedler ein gemeinsames Wort, dessen 2. Teil wir im folgenden dokumentieren.

„Als Kirchen sagen wir den Aussiedlern zu, daß wir sie von Herzen in unsere Gemeinschaft aufnehmen wollen, ihnen beistehen und sie auf ihrem Weg begleiten werden. Wir bitten sie, daß sie auch bei auftretenden Schwierigkeiten das Leben in der neuen Heimat in Geduld und Hoffnung und im Vertrauen auf Gottes Gnade und seine freundliche Führung annehmen und gestalten. Die Öffentlichkeit und die Christen in unserem Land bitten wir zu bedenken: Aussiedler kommen nicht leichten Herzens. Sie haben oft jahrelange Wartezeiten hinter sich, nachdem sie sich einmal zur Ausreise durchgerungen haben. Wir dürfen ihnen keine Vorwürfe machen, wenn sie mangels Ausreiselerlaubnis nicht früher kommen konnten oder wenn sie in der angestammten Heimat so lange ausharrten, wie es für sie zumutbar war.

Die Gründe zur Aussiedlung liegen in den schweren Einzelschicksalen dieser Menschen, aber auch im Gesamtschicksal der Deutschen. Sie haben in ihren bisherigen Wohngebieten wegen ihrer nationalen Zugehörigkeit und ihres christlichen Glaubens Benachteiligungen und manchmal auch Verfolgung erlitten und sich zur Aussiedlung entschlossen, um als Deutsche und als Christen in Freiheit und Frieden leben zu können. Wir verpflichten uns, ihnen dabei zu helfen.

Gerade in der christlichen Gemeinde erwarten die Aussiedler Verständnis, Hilfe und Gemeinschaft. Dabei sind die materiellen Probleme – abgesehen von der Wohnungsfrage – meist schneller zu bewältigen als die Eingewöhnung in die Lebensweise unserer Gesellschaft und unserer Kirchen. Die Christen in unserem Land sind deshalb herausgefordert, den Aussiedlern in ihren Schwierigkeiten mit besonderer Zuwendung zu begegnen und ihnen bei der Lösung ihrer Lebensprobleme im Geiste Jesu Christi zu helfen. Auch Nachbarschaftshilfe ist gefragt.

Wenn jüngere Aussiedler die deutsche Sprache noch nicht hinreichend beherrschen, so ist das eine Folge ihrer bisherigen Lebensumstände. Wir müssen trotz aller Anpassungsprobleme sehen, daß Menschen zu uns kommen, die ihrerseits viele Gaben und Fertigkeiten mitbringen und gleichwertige Glieder unserer Gemeinschaft in Kirche und Gesellschaft sind. Nicht zuletzt die große Zahl ihrer Kinder ist eine Bereicherung für uns.

Alle, die sich für die Integration der Aussiedler einsetzen, verdienen unseren Dank. Viele einzelne Bürger, aber auch staatliche, kommunale und kirchliche Stellen zeigen eine große Bereitschaft, die Eingliederung der Aussiedler unter menschenwürdigen Bedingungen und in christlicher Liebe und Geduld zu fördern. Sie folgen damit der biblischen Weisung, die uns gebietet, unserem Nächsten beizustehen und ihm in Liebe zu helfen. Der Apostel Paulus sagt: ‚Nehmt einander an, wie auch Christus uns angenommen hat, zur Ehre Gottes‘ (Römer 15,7).“

land das ethische Problem sich von selbst erledigt. Nun ist das für die Politiker einsichtig, nicht aber für die Bevölkerung. Da ihr die Hintergründe zu wenig bekannt sind, versteht sie manche Verhaltensweisen der Aussiedler nicht. Diese wiederum fühlen sich nicht verstanden und suchen Gemeinschaft und Halt unter ihresgleichen. Die Abgrenzung in Sprache und Kultur, die für das Überleben der ethnischen Minderheit im östlichen Herkunftsgebiet notwendig war, um dem Einzelnen zu helfen, seine Identität zu bewahren, ist hier im Mutterland nicht mehr nötig.

Dennoch tauchen für den Umsiedler Probleme auf. Zunächst muß er begreifen lernen, daß die im Herkunftsland zwingend notwendige Abgrenzung nicht mehr notwendig ist. Dem widerstrebt sein angeborenes Gruppenzugehörigkeitsgefühl. Dieses hat ihn bisher getragen. Nun geht es durch mehrere Umstände bedingt allmählich verloren. Er muß also lernen, frei zu schwimmen bzw. sich freizuschwimmen. Das ist nicht leicht. Zum anderen wird er merken, daß er in der bundesdeutschen Bevölkerung nicht ohne weiteres integriert ist, weil einerseits die Kultur seiner ethnischen

Gruppe und andererseits die Lebensweise und Kultur des Volkes und Raumes, in dem er vorher als Deutscher gelebt hat, sein Denken und Verhalten mitbestimmen. Hinzu kommt das oft sehr mangelhafte Deutsch, das der Aussiedler spricht oder der andere Zungenschlag, den Aussiedler oft bis an ihr Lebensende nicht verändern können. Das läßt den Aussiedler als fremdartig erscheinen.

### Wie kann nun angesichts dieser Probleme die Identität eines siebenbürgischen Jugendlichen aussehen?

Die Frage, speziell auf Jugendliche gemünzt, ist für mich unbedingt mit der Frage nach der Integrationswilligkeit und Integrationsmöglichkeit des Einzelnen zusammen zu sehen. Dabei spielt der Lebensraum aus dem Herkunftsgebiet, das gesellschaftliche Umfeld und die mehr oder minder intakten Ordnungen, wie Sitten und Bräuche, eine wichtige Rolle. Es ist sodann nicht unerheblich, wo der Aussiedler seinen neuen Wohnort hat.

Es spielt eine große Rolle, ob der Aussiedler in eine von seinen Landsleuten besiedelte Gegend zieht, wo er weitere Kontakte zu seinen Landsleuten pflegen kann, oder ob er in eine Umgebung kommt, wo er auf neue Kontakte angewiesen ist. Ebenso spielt das Alter, in dem die Umsiedlung stattfindet, eine ausschlaggebende Rolle. Von

diesen und anderen Faktoren ist die Integrationsfähigkeit und die Integrationsdauer der Jugendlichen abhängig.

### Das Umsiedlungsalter und die Persönlichkeitsstruktur

Der siebenbürgische Jugendliche sieht sich in erster Linie als Deutscher. Die Betonung dieser Volkszugehörigkeit stößt hier bei Gleichaltrigen oft auf Unverständnis. Diese Ein- und Abgrenzung ist für einen in der Bundesrepublik nach 1945 aufgewachsenen Jugendlichen weitgehend unbekannt. Dafür sollte auch seitens des Siebenbürger Sachsen Verständnis aufgebracht werden. Das aber bedeutet, daß sich der Siebenbürger mit der besonderen Geschichte und der jüngsten Vergangenheit des deutschen Volkes vertraut machen muß.

In zweiter Linie ist der deutsche Siebenbürger ein Siebenbürger Sache. An dieser Stelle beobachte ich zwei Entwicklungen.

1. Die eine möchte ich etwas kraß als absolute Integration bezeichnen. Darunter verstehe ich die Ablegung der siebenbürgisch-sächsischen Mundart, die Verleugnung der eigenen Herkunft, das Desinteresse an den Menschen, die in Siebenbürgen bzw. in Rumänien leben müssen, das Vergessen und Verdrängenwollen eigener Vergangenheit, die völlige Anpassung bis hin zur Schamröte, wenn der Jugendliche seiner Abstam-

ung überführt wird. Dieses Verhalten läßt auf mangelndes Selbstbewußtsein und auf Angst, negativ aufzufallen, schließen. Andererseits bezeugt es ein starkes Bedürfnis, sich eine neue Identität zu geben. Diese soll losgelöst vom Gruppengefühl der Annahme einer hiesigen Lebensführung und freiheitlichen Entfaltung des Einzelnen dienen.

2. Die zweite Entwicklung, die ich beobachten konnte, will ich als Suche nach der alten Identität bezeichnen. Diese Entwicklung wird getragen und begünstigt von der älteren Generation unter uns Siebenbürger Sachsen. Diese sieht nach wie vor in der Gruppenzugehörigkeit auch die Verwirklichung der eigenen Identität. Sie will dieses Denken und Empfinden den jungen Siebenbürger Sachsen weiter vermitteln. Kinder, die in dieser Weise erzogen werden und in diesem Geist aufwachsen, können durchaus als Siebenbürger Sachsen unter Bundesbürgern mit ihrer Identität leben, doch bleiben sie m. E. dem Gruppendenken verhaftet und von der Gruppe abhängig. Diese Entwicklung ist insbesondere in größeren Siedlungen der Siebenbürger Sachsen möglich und vereinzelt zu beobachten.

Für die Identitätsfindung ist das Umsiedlungsalter des Jugendlichen wichtig. Für Jugendliche, die im Alter von 20-30 Jahren auswandern, sind die Integrations- und Identitätsprobleme schwerer zu bewältigen

als für Jüngere. Freundschaften und Partnerschaften, die sich überwiegend auf die Gruppe beschränken, zu der die Jugendlichen sich durch ihre Vergangenheit zugehörig fühlen, zeigen, wie sehr Menschen gesucht werden, die das gleiche Schicksal hatten oder zumindest für dieses Verständnis aufbringen können. Jüngere Aussiedler erleben ihre Altersgenossen und ihre Umwelt in einer Weise, die günstigere Voraussetzungen für die Integration und damit für die Erlangung eines neuen Identitätsbewußtseins schaffen.

Somit ist m. E. kein einheitliches Bild (die Identitätsfrage betreffend) festzustellen. Das Selbstverständnis des siebenbürgischen Jugendlichen ist von vielen Faktoren abhängig. Wir sind gefordert, unsere eigene Geschichte, die der Gruppe und des Einzelnen auf dem Hintergrund der vergangenen 50 Jahre zu erforschen, um zu verstehen, was unsere Eltern und uns zu der Auswanderung aus Rumänien veranlaßt hat. Wir müssen uns selbst in diesen für unser Leben so wichtigen Fragen Klarheit verschaffen, um auf Fragen unserer Mitbürger verständliche Antworten geben zu können. Die heutige Problemstellung in der bundesdeutschen Bevölkerung fordert uns dazu geradezu heraus.

Unsere Antworten sollen keine Rechtfertigung für unser Dasein geben, sollen aber Klarheit für uns und unser Selbstverständnis schaffen. Davon nehme ich mich nicht aus.

# Zukunftschancen für Heranwachsende

## Eindrücke von einer Studienreise durch Südafrika und Namibia

Arnulf Borsche

Es ist wohl eine Binsenwahrheit, daß mit wachsender Entfernung vom Ort des Geschehens die von den Medien vermittelten Bilder unschärfer und die transportierten Informationen verwaschener werden. Diese Erkenntnis bestätigt sich in augenfälliger Weise beim Vergleich der während einer Studienreise durch Südafrika und Namibia durch eigene Anschauung und in vielen Gesprächen mit dort lebenden Menschen - Schwarzen, Farbigen und Weißen - gewonnenen Eindrücken mit dem hierzulande suggerierten Sachverhalt. Sehr schnell kommt die Einsicht, daß man hinsichtlich der realen Situation in diesen Ländern umdenken muß. Das in unseren Medien gezeigte Bild deckt sich nur selten mit den Beobachtungen, die man vor Ort leicht und nachprüfbar machen kann.

So wie der Reisende durch die ihm hierzulande gemeinhin zugängliche Berichterstattung eingestimmt ist, wird er, wenn er sich erst einmal in Südafrika befindet, ganz unwillkürlich auf alle Anzeichen achten, die Be-

weis für eine unverändert starre Apartheidspolitik sein können. So ging es naturgemäß auch mir. Sehr bald aber stellte ich zu meiner eigenen Überraschung fest, daß negative Auswüchse einer Apartheidspolitik im Land

selbst sich keineswegs so dramatisch auswirken, wie sie bei uns immer wieder dargestellt werden. Aggressive Haltung von seiten schwarzer oder farbiger Südafrikaner ist mir in all den Wochen meiner Reise nicht begegnet, wenn ich von der flüchtigen Begrüßung eines mit Weißen besetzten Touristenbusses durch einen jungen Schwarzen in Katutura (Vorort von Windhoek) mit erhobener Faust absehe. Im viel beschriebenen Soweto, wo es in der Tat viel Elend, Armut und Not zu sehen gibt, habe ich mich unbehelligt bewegt, Läden besucht und mit

schwarzen Einwohnern gesprochen. Haß oder Abneigung ist mir nicht begegnet, wohl aber die Sorge vorgetragen worden, daß sich auch unser Land schließlich zu wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Südafrika bereithalten könnte.

Auffallend war aber in Soweto wie auch in Crossroads bei Kapstadt die gewaltige Zahl von jungen Menschen, die dort zur Schule gehen. In wenigen Jahren werden diese Jugendlichen eine Berufsausbildung brauchen und qualifizierte Arbeitsplätze überhaupt suchen. Diesen Heranwachsenden Zukunftschancen

# „Gemeindetag unter dem Wort“

Zum ersten großen Protestantentreffen dieses Jahres, dem „Gemeindetag unter dem Wort“, kamen im Stuttgarter Neckarstadion etwa 50 000 Christen zusammen. Der seit 1973 meist im Wechsel von Nord und Süd veranstaltete Gemeindetag ist das zentrale Treffen der theologischen konservativen Protestanten, der Evangelikalen. Hauptredner des 8. Gemeindetages unter dem Motto „Aufsehen zu Jesus“ war der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, **Theo Sorg**. Er verglich den Weg des Glaubens mit einem Langstreckenlauf im Sport. Dort komme alles auf den Trainer an. Auch wer auf der „Bahn des Glaubens“ unterwegs sei, schaffe seinen Lauf nicht allein: Alles komme auf Jesus Christus an, den „Anfänger und Vollender des Glaubens“. Der Vorsitzende der pietistischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung in Württemberg, die den diesjährigen Gemeindetag veranstaltete, der designierte Ulmer Prälat **Rolf Scheffbuch**, rief zu einer „Neu-Evangelisierung Europas“ auf. Mehr als die Kritik an der Bibel stehe diesem Ziel oft die Scheinheiligkeit der Christen und ihre mangelnde Bereitschaft zur Buße entgegen.

Vor der Presse sagte Rolf Scheffbuch, der Gemeindetag wolle als „Basisbewegung“ geistliche Grundlagen für die Kirche legen. Es gehe nicht

darum, die Sache der Kirche „aufzuheizen durch gesellschaftliche Tagesthemen“, sondern deutlich zu machen, „wie man in den Himmel kommt“. Dies sei „das aktuellste Thema, wenn man es von der Ewigkeit her betrachtet“. Die Gemeindetagsbesucher verstünden sich als „Kerngemeinde“ der Kirche, aber nicht als „Pressure Group“.

Zum Kirchentag vom 7. bis 11. Juni in Berlin äußerte Scheffbuch, es brauchte keinen Gemeindetag zu geben, wenn der Kirchentag „Stärkung zum Glauben“ gebe. Dieser verstehe



Dr. Jürgen Warnke (vorne) und Albrecht Martin stellen sich dem Gespräch

sich aber nach den Worten seines Präsidenten, Helmut Simon, als „Bürgerrechtsbewegung“. Zur gesellschaftlichen Verantwortung erklärte Scheffbuch, Christen sollten nicht nur über

Mißstände klagen und diskutieren, sondern auch vermehrt selbst in die Politik gehen. Ebenso trete man dafür ein, daß



Aufruf des Schwarzen Kreuzes

junge Christen angesichts des Pflegenotstandes soziale Berufe ergreifen: Es sei „ein Vorrecht, den Menschen zu dienen.“ Das Mitglied des Rates der EKD, Prof. **Erika Kimmich** (Stuttgart), erklärte im Gespräch mit Gemeindetagsbesuchern, es sei höchste Zeit, daß das Thema „Christ werden – Christ bleiben“ im Leben der Kirchengemeinden wie auch im Religionsunterricht konkret werde.

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister **Albrecht Martin** begrüßte Veranstaltungen wie den Gemeindetag. Er sei besonders beeindruckt von den zahlreichen Jugendlichen, die unbekümmert

und „ohne jede Extravaganz“ ihr Christsein deutlich machten. Der Gemeindetag, der in enger Verbindung mit der Deutschen Evangelischen Allianz veranstaltet wird, zählte 8 000 aktive Mitwirkende.

idea

## Veranstaltungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

9.-7.7.1989 (VA Nr. 234)  
*Parteiprofile und Wählerwandel – Die großen Volksparteien vor neuen Herausforderungen*

7.-11.8.1989 (VA Nr. 238)  
*Workshop für Redakteure von JU-Zeitungen*

18.-20.8.1989 (VA Nr. 247)  
*Bonner Politik in der Verbandszeitung – Möglichkeiten und Erfahrungen. Fachtagung für Journalisten (für Redakteure von Partei-/Verbandszeitungen)*

Anmeldungen nimmt entgegen: **Institut für Politische Bildung, Schloß Eichholz, Postfach 1331, 5047 Wesseling**

## 23. Deutscher Evangelischer Kirchentag Berlin als Ort der Begegnung und lebendigen Auseinandersetzung

Jürgen Wohlrabe

Vom 7. bis 11. Juni 1989 hatten sich in Berlin 150 000 Christen aus allen Teilen unseres Landes zum 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag versammelt. Unsere Stadt konnte einmal mehr die Rolle übernehmen, um die sie sich auch in Politik, Wirtschaft und Kultur bemüht: ein Ort zu sein für Begegnung, lebendige Auseinandersetzung, Erfahrungsaustausch und das Nachdenken über Zukunftsperspektiven.

Berlin ist ja nicht nur die Stadt, in der sich das Schicksal unseres Volkes am deutlichsten

manifestiert. Berlin ist der Ort, an dem unterschiedliche Gesellschaftssysteme aufeinandertreffen. Hier ist eine Entwicklung im Gange, die vom Gegeneinander zum Nebeneinander geführt hat und die – wenn es nach unseren Wünschen geht – zum Miteinander führen soll.

So, wie sich gerade in den letzten Monaten in der Politik erfreulicherweise die Chance abzeichnet, die zentrale geographische Lage Berlins zur Überwindung von Ost-West-Gegensätzen zu nutzen, kann auch in vielen anderen Bereichen un-



23. Deutscher Evangelischer Kirchentag  
7. - 11. Juni 1989 in Berlin

sere Stadt zum Ort der Begegnung werden. Deshalb erfüllt es uns Berliner mit besonderer Genugtuung, daß an diesem Kirchentag auch zahlreiche Christen aus der DDR teilnehmen konnten. Viele unter ihnen mußten als Privatpersonen anreisen, doch gab es auch eine offizielle Delegation der Kirchen der DDR.

Darüber hinaus erhielten rund 300 Christen aus der DDR die Genehmigung zu einem ein-tägigen Besuch des Kirchentages. Dies war nicht nur eine wichtige Bereicherung der ge-



Der EAK-Bundesvorsitzende, Albrecht Martin, im Gespräch mit Kirchentagsbesuchern

samten Veranstaltung, sondern auch ein positives politisches Zeichen.

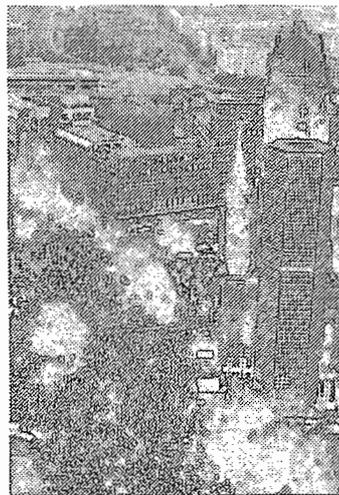
Seit 1951 war Berlin zum vierten Mal Veranstaltungsort des Deutschen Evangelischen Kirchentages, und wiederum haben wir uns bemüht, gute Gastgeber zu sein. Unter den 150 000 Teilnehmern befanden sich diesmal rund 95 000 Jugendliche. Für viele von ihnen war dies die erste Begegnung mit unserer Stadt, und es ist zu hoffen, daß sie am Rande des Kirchentages auch einen lebendigen Eindruck der besonderen Situation Berlins erhalten haben.

#### Blick auf die Zukunft richten

Unter dem Motto „Unsere Zeit in Gottes Händen“ haben die Teilnehmer des Kirchentages über viele Aspekte des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens nachgedacht und diskutiert. Im Wissen um die Vergangenheit richtete sich dabei der Blick auf Gegenwart und Zukunft.

Aus der Sicht der Christen, aber auch aus der Sicht des Staatsbürgers – denn wir alle sind beides zugleich – wird immer auch über die Pflicht zum Engagement in der Gesellschaft zu sprechen sein. Aus meiner 26jährigen parlamentarischen Erfahrung weiß ich, wie wichtig für unsere Demokratie auf allen Ebenen die aktive Mitwirkung der Bürger ist. Erst das persönliche Engagement im sozialen und gesellschaftlichen Bereich, aber auch in der Politik – ermöglicht es uns, die Werte des Christentums zu Maßstäben offiziellen Handelns zu machen und unsere christliche Überzeugung in die Gesellschaft einzubringen.

Auf diese Weise können wir unseren Beitrag dazu leisten, das zu erhalten, was Gott den Menschen anvertraut hat, und die Chance wahrzunehmen, die er uns bietet: in Würde, Toleranz und Freiheit miteinander zu leben.



Eröffnungsgottesdienst von Bischof Dr. Martin Kruse vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche

Welch kostbares Gut diese Chance ist, wird gerade hier in Berlin besonders deutlich.

**„Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit aber ist der Frieden.“**

Ihn zu bewahren, bleibt die gemeinsame Verantwortung aller in Ost und West. Berlin ist – nicht nur beim Kirchentag – der geeignete Ort, darüber nachzudenken.

Anm.:

Jürgen Wohlrabe ist Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin.

#### Langsame Demokratisierungsfortschritte in Nicaragua

Berlin. Der Demokratisierungsprozeß in Nicaragua kommt nach dem Worten von Bundesentwicklungsminister **Dr. Jürgen Warnke** sehr langsam voran. Nach wie vor komme es zu Menschenrechtsverletzungen, Einschränkungen der Pressefreiheit für die Kirchen und die Opposition, erklärte Minister Warnke am Samstag, 10. 6., nach seiner Rückkehr aus Nicaragua **am Stand des Evangelischen Arbeitskreises und der Jungen Union** auf dem 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin. Nach Angaben der Regierung säßen 2500 politische Gefangene und nach Angaben der Opposition 6000 in den Gefängnissen der Sandinisten. Kardinal Obando Bravo und andere Vertreter der katholischen Kirche hätten in Gesprächen mit dem Minister betont, daß besonders die Bauern als politische Gefangene inhaftiert seien. Diese ständen zwischen dem Terror der Contras und den sandinistischen Regierungstruppen.

Scharf kritisierte Minister Warnke den Auftritt des nicaraguanischen Innenministers Borge auf dem Kirchentag. Während Vertreter der Kirchen in Nicaragua Borge als militanten Verfolger der Kirchen täglich erlebten, würde diesem Mann von Christen in der Bundesrepublik auf dem Kirchentag trotz zugegebener Menschenrechtsverletzungen zugejubelt. Zwischen dem geschickten Auftritt Borges in Berlin und der Realität in der Politik lägen Welten, betonte der Minister unter Bezug auf seine Gespräche im Lande. Zugleich kündigte er an, daß Staatspräsident Ortega seinem Innenminister Borge die Medienaufsicht entzogen habe. Diese sei eine Forderung der Opposition gewesen mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr.

Der Entwicklungsminister kündigte an, die Kapitalhilfe für Nicaragua bleibe aber solange eingefroren, bis der Demokratisierungsprozeß weiter voranschreite. (kna)

#### Ein politisches Ereignis ohne politische Forderung: Kirchentag 1951 in Berlin

Vom 7.–11. Juni 1989 kam in West-Berlin der 23. Deutsche Evangelische Kirchentag zusammen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Kirchentag in der Form gegründet, in der wir ihn als Zusammenkunft vieler Tausend einfacher Christen aus allen Bereichen kennen. Ende Juli 1949 kamen sie zu einer „Deutschen Evangelischen Woche“ in Hannover zusammen und gründeten den „Deutschen Evangelischen Kirchentag“. Der Kirchentag ist also so alt wie das Grundgesetz, so alt wie die Bundesrepublik. Aber es war in den ersten Jahren der Kirchentag der evangelischen Christen in Ost- und West-Deutschland.

1951 kam der 3. Kirchentag in Groß-Berlin, also in Ost- und West-Berlin, zusammen. Es trafen sich 300 000 Christen unter der biblischen Losung „Wir sind doch Brüder“ (nach 1 Pt 2,17, Rm 12,13 u. ö.).

„Wir sind doch Brüder“ – dieses aufbegehrende „doch“ verriet, warum der Kirchentag 1951, mitten im „Kalten Krieg“, 300 000 ost- und westdeutsche Christen ohne jeden Zwang in beiden Teilen des geteilten Berlins zusammenführte. 1950 hatte man geplant, 1951 in Stuttgart zusammenzukommen. Vor dem Otto Dibelius, Bischof der damals noch nicht geteilten Landeskirche Berlin-Brandenburg, drängte darauf, daß der 3. Kirchentag in Groß-Berlin stattfände. Er sollte die Verbundenheit der evangelischen Christen in beiden deutschen Staaten demonstrieren, die in einer gemeinsamen Evangelischen Kirche in Deutschland lebten.

Diese ungezwungene Demonstration brüderlich-schwesterlicher Einheit über Staatsgrenzen hinweg mußte zwangsläufig in die Politik hineinwirken. Deshalb bezeichnete Reinold von Thadden-Trieglaff, der Vater und erste Präsident des Kirchentages, den Berliner Kirchentag als „ein revolutionäres, geistiges und politisches Ereignis, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind“ („Kirche in der Zeit“, Düsseldorf 6. Jg. Nr. 15/16 August 1951).

Auf dem Kirchentag 1951 in Lin wurde mit den wenigen Politikern diskutiert, die dorthin gekommen waren, aber es wurden keine politischen Resolutionen verfaßt. Politische Forderungen wurden also nicht erhoben! Viele Kirchentagsteilnehmer aus der DDR mußten mit

unangenehmen Reaktionen auf ihren Besuch in Berlin rechnen. Denn hier hatten sie unbeobachtet Westdeutschen vom ihrem unangenehmen Schicksal als Christen im Osten berichten können. 1951 war das völlig ungezwungene christliche Beisammensein von 300 000 Deutschen

im „Kalten Krieg“ ein unausgesprochenes und doch lauter Appell – auch in die Politik: „In dem unermeßlich weiten Raum von der Elbe bis zum chinesischen Meer war nur noch in Berlin einmal ein Raum freigekämpft, in dem Kirche reden und handeln, loben und beten konnte“,

schrrieb der einzige Bonner Spitzenpolitiker, der den Mut gehabt hatte, gegen das entschiedene Nein Adenauers 1951 nach Ost- wie West-Berlin zu fahren, Bundestagspräsident Hermann Ehlers („Kirche und Mann“ 8/1951 S. 4 und „Oldenburger Sonntagsblatt“ 29.7.1951). A. Meier

### Kirchentagsumfrage

An der Umfrage am Stand des EAK zum Thema „Menschenrechtsverletzungen“ nahmen 498 Personen (208 Frauen/188 Männer) teil. 102 Fragebögen waren (leider) ungültig.

Die Frage „Welche der abgebildeten (Menschen-)Rechte sind für Sie am wichtigsten?“ sollte durch Ankreuzen von 5 der 24 angeführten Möglichkeiten beantwortet werden.

Das Ergebnis belegt eine hohe Beteiligung der jüngeren Generation.

Folgende Rechte wurden am häufigsten genannt:

**weiblich bis 19 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (119)
2. Freiheit (96)
3. Leben (62)

**weiblich bis 29 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (24)
2. Freiheit (24)
3. Leben (15)

**weiblich bis 39 Jahre:**

1. Gleichberechtigung der Geschlechter (5)
2. Geheime Wahlen (4)
3. Meinungsfreiheit (3)

**weiblich über 40 Jahre:**

1. Gesunde Umwelt (10)
2. Religionsfreiheit (8)
3. Freiheit (7)

**männlich bis 19 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (70)
2. Gleichheit vor Gericht (55)
3. Freiheit (43)

**männlich bis 29 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (46)
2. Freiheit (40)
3. Leben (39)

**männlich bis 39 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (5)
2. Gleichheit vor Gericht (4)
3. Religionsfreiheit (3)

**männlich über 40 Jahre:**

1. Meinungsfreiheit (8)
2. Arbeit (7)
3. Religionsfreiheit (6)

# Protestantische Profile

Walter Wallmann

In der heutigen Ausgabe haben wir den Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Dr. Walter Wallmann, zu Wort gebeten.

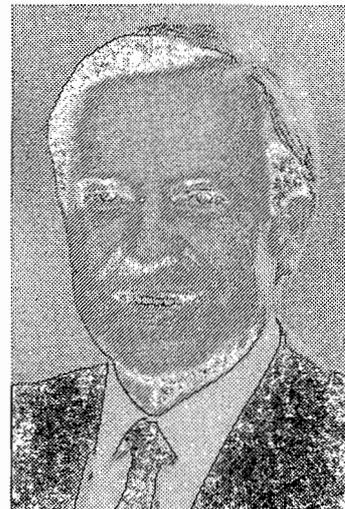
Das Verhältnis eines Unionspolitikers zu Religion, Kirche und Glauben wird im wesentlichen – unabhängig von seiner Konfession – von zwei Faktoren bestimmt.

Durch meine Erziehung, durch die Familie, meine Umgebung und anderer Eindrücke sind christliche Werte für meinen Lebensweg prägend gewesen. Sie waren auch mitentscheidend dafür, daß ich mich in der Christlich-Demokratischen Union engagiert habe.

Hinzu kommt das Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union, die ihre ethische Basis aus dem christlichen Menschenbild ableitet. Als protestantischem Unionspolitiker haben sich für mich beide Faktoren miteinander verbunden.

Mein Vater war Lehrer mit den Fächern Deutsch, Geschichte, evangelische Religion und ein ganzes Leben lang engagiert in seiner evangelischen Kirche. Er war Mitglied des Kirchenvorstandes und vor allem tätig in der Hannoverischen Kirche, im evangelischen Männerwerk. Diese Haltung, der mein Vater auch in der schweren Zeit des Nationalsozialismus hindurch treu geblieben ist, war für mich nicht nur beeindruckend, sondern ist mir immer ein Vorbild gewesen.

Wir müssen heute feststellen, daß wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, in der ein umfassender und verbindlicher Wertekanon nicht mehr existiert. Eine „katholische“ oder „evangelische Politik“ kann es deshalb bei uns nicht mehr geben. Das heißt aber keineswegs, daß die christlichen Werte deswegen in der Politik keine Bedeutung mehr hätten. Die Verbindung erfolgt heute über das



Dr. Walter Wallmann: Das am Gemeinwohl orientierte Handeln richtet sich aus an den Werten der Freiheit, der Menschenwürde und der Solidarität.

von christlichen Werten geprägte Handeln des Politikers.

Ein in diesem Sinne verständlicher Maßstab des Handelns eines Politikers geht von der Formulierung und Durchsetzung des öffentlichen Interesses, also des Gemeinwohls, aus. Das am Gemeinwohl orientierte Handeln richtet sich aus an den Werten der Freiheit, der Menschenwürde und der Solidarität. Ein in diesem Sinne verstandenes christliches Menschenbild halte ich auch gegenüber denjenigen Mitbürgern aufrecht, die persönlichen Zugang zum Christentum nicht mehr finden oder nicht gefunden haben. Es ist ein Bild vom Menschen, so wie er ist. Mit seinen Fehlern, seinen Schwächen, aber auch mit seinen Chancen und seinen Stärken. Und weil das christliche Menschenbild – jedenfalls nach meinem Verständnis – von der Realität des Menschen ausgeht, birgt es Negatives wie Positives in sich. Es sind nicht wenige, die

gerade aus christlicher Überzeugung ein pessimistisches Bild vom Menschen besitzen. Das wirkt sich natürlich auch in der Politik aus. Die innere Begegnung, die Frage des Vertrauenskönnens dem anderen gegenüber, hängt jedoch letzten Endes von solchen Grundpositionen und Überzeugungen ab.

Nur wer an das Gute im Menschen glaubt, ist in der Lage, seinen Gesprächspartnern offen und ehrlich zu begegnen. Nur so ist letztlich überhaupt an ethischen Maßstäben orientiertes Handeln möglich.

Wenn Luther von der Freiheit eines Christenmenschen spricht, dann denkt er an die Fähigkeit des Menschen, zu entscheiden und zu unterscheiden. Ich sehe nur wenig Chancen für die ethische Bindung politischer Macht, wenn die Natur des Menschen, zu der eben auch sein Gewissen und seine praktische Urteilskraft gehören, nur pessimistisch angesehen würde.

Wäre ethisch gebotenes Handeln ohne Bedeutung für die Politik, dann wäre auch eine sachgerechte Erörterung dringender politischer Probleme nicht mehr möglich. Jedes Handeln wäre dann gleich gültig und damit gleichgültig. Das kann für einen christlichen Demokraten nicht akzeptabel sein. Der Dialog hätte damit seinen Sinn verloren. Wo es ausschließlich Wahrheiten gibt, aber kein Ringen um die Wahrheit, verliert jede Diskussion ihren Sinn.

In unserer hochtechnisierten und komplexen Welt sind wir mehr denn je auf den Dialog, das Gespräch, angewiesen. Nur so können wir die Gefahr der vermeindlich so einfachen Lösungen begegnen. Und gerade in diesem Gespräch muß der christlich geprägte Politiker immer wieder für seine Überzeugung kämpfen.

## Kurz notiert

### Forderungen an den Religionsunterricht

Das idea-Interview mit dem Präsidenten der Ständigen Kultusministerkonferenz, dem rheinland-pfälzischen Kultusminister **Georg Gölter** (CDU), hat ein Echo bis in die überregionalen Tageszeitungen erfahren. Daß ein Politiker gegenüber der Kirche festhalten muß, daß der Religionsunterricht keine Sozialkunde ist, sondern die Frohe Botschaft der Bibel zum Inhalt zu haben hat, sollte die Kirchen bereits zur Buße treiben. Daß aber ein Politiker aus schulpolitischer wie christlicher Verantwortung heraus Lehrplanentwürfe mehrfach zurückgehen lassen mußte, weil sie zu wenig Christliches enthielten, ist nichts weniger als ein Skandal. Dem evangelischen Kultusminister Gölter sei hier gedankt. Die betroffenen Kirchenleitungen sollten sich dagegen schnellstens personelle Konsequenzen überlegen. Daß freilich entsprechende Lehrplanentwürfe überhaupt verantwortliche kirchliche Gremien passieren durften, spricht Bände. Nach dem Gölter-Interview fällt dem Betrachter Heinrich Heine (1797-1856) ein. Sollte er tatsächlich mit seinem sarkastischen Kommentar recht haben: „Es sind in Deutschland die Theologen, die dem lieben Gott ein Ende machen“? (idea)

Kultusminister Dr. Georg Gölter führte zum Thema Religionsunterricht u. a. aus:

... Ich halte den allgemeinbildenden Unterricht in den berufsbildenden Schulen für unverzichtbar, wenn schulischer Unterricht mehr sein soll als Vermittlung von „Know-how“ und technischer Kompetenz. Ein amerikanischer Computerwissenschaftler hat einmal gesagt: „Nur ein fest umrissenes Menschenbild kann uns das menschliche Maß für die Technik liefern“. Die Äußerungen von Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, unter anderem im Mai 1987 im Zentrum der Handwerkskammer Bad Kreuznach, spiegeln eine Vorstellung von schulischer Erziehung wider, die ich nicht teile. Schule hat nach dem Grundgesetz und unserer Landesverfassung einen ganzheitlichen Erzie-

hungs- und Bildungsauftrag, der jedoch nichts mit einseitig zweckorientiertem Denken zu tun hat. Der Katholikenrat des Bistums Trier, dem ich mich in dieser Frage gern anschließen, hat seiner Zeit dazu geäußert: „Jeder junge Mensch hat das Recht, Fragen nach dem tragenden Sinn und Wert des Lebens zu stellen und Antworten darauf zu erhalten. Dies ist das Feld des Religionsunterrichts. Die Antwort darauf, gerade in unserem kulturgeschichtlichen Raum, aus der Botschaft Jesu darf hier nicht fehlen.“

Nach dem rheinland-pfälzischen Schulgesetz hat die Schule „Weltorientierung“ zu vermitteln. Dazu gehört auch, daß sie Antworten anbietet auf die Fragen nach dem Woher, Wohin und Wozumenschlichen Lebens, nach den prägenden Kräften unserer Kultur, nach der Begründung sittlicher Gebote. Noch immer ist unsere Gesellschaft, und Schule spiegelt diese Gesellschaft wider, durch das abendländische Christentum entscheidend geprägt. Die Antworten, die das Christentum auf viele Fragen des jungen Menschen versucht zu geben, sind mehr als nur beliebige Angebote im Supermarkt der Möglichkeiten neben anderen. Würde der Religionsunterricht aus unseren Schulen, auch aus unseren berufsbildenden Schulen, verschwinden, würde ein Stück unserer kulturellen Identität verlorengehen. Warum sollten wir auf die Vermittlung einer der Säulen unserer bald 2000jährigen europäischen Kultur verzichten, beispielsweise angesichts eines immer selbstbewußter werdenden, z. T. auch aggressiver werdenden Islam?

Ich glaube, es ist falsch, zwischen themen- und bibelorientiertem Religionsunterricht zu unterscheiden. Jeder Religionsunterricht ist themenorientiert insoweit, als er anthropozentrisch ist. Er geht von den bewegenden Fragen des jungen Menschen aus. Aber seine Antworten nimmt er nicht von irgendwoher, sondern aus dem Wort Gottes, in erster Linie aus der Frohen Botschaft des Neuen Testaments. Wenn der Religionsunterricht auf diese seine Basis nicht zurückkäme, dann hätte er in den Schulen nichts verloren; wir brauchen keine zwei Fächer Sozialkunde.

### 40 Jahre Frieden in Freiheit

**Bonn.** Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft hat Generalsekretär **Heiner Geißler** an das Nobelpreis-Komitee in Oslo einen Brief geschrieben und darin die NATO für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Vor der Presse in Bonn führte der Generalsekretär dazu aus:

Die NATO hat als Verteidigungsbündnis von freien und gleichberechtigten Staaten in Europa und Nordamerika 40 Jahre lang den Frieden gesichert, während in demselben Zeitraum auf der Erde über hundert Kriege stattgefunden haben.

Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Europa der Kontinent ist, von dem zwei Weltkriege ausgegangen waren, der nach dem letzten Weltkrieg zu einer der Hauptkonfliktzonen der Welt wurde und der bis heute noch ein gespaltener Kontinent ist. Deshalb ist es eine geschichtlich einmalige Leistung, daß trotz der politischen Situation kein Krieg in Europa ausbrach und der Frieden 40 Jahre gesichert werden konnte.

### Die Zeit des Wehrdienstes für berufliches Fortkommen nutzen

**Blomberg.** Die Bundeswehr muß den Wehrdienstleistenden in weit stärkerem Maße als bisher individuelle Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen. Diese Forderung stellen führende Bildungspolitik der Union bei einer Zusammenkunft des Dorfer Kreises an die Bundesregierung.

Die jungen Männer sollten, so diese Initiative der Unionspolitiker, die „Zeit beim Bund“ gezielt auch als für ihr späteres berufliches Fortkommen förderliche „Zeit für Bildung“ nutzen können. Dazu zählt zum Beispiel die Aneignung von fachlichen Kenntnissen und Fertigkeiten, das Erlernen von Fremdsprachen und der Erwerb von beruflich verwertbaren Zertifikaten (z. B. in der Kfz-Technik oder EDV). Wer nach dem Wehrdienst studieren will, dem

sollte insbesondere bei technischen Studiengängen eine entsprechende Tätigkeit bei der Bundeswehr als Praxissemester anerkannt werden.

Die Bundeswehr ist eine moderne Einrichtung mit einem hervorragenden technischen Know-how, das von den jungen Männern für den beruflichen Aufstieg genutzt werden kann.

### Situation der Wehrpflichtigen soll weiter verbessert werden

**Köln.** Der Übergang der jungen Wehrpflichtigen von der Schul- oder Berufsausbildung in die Streitkräfte und aus den Streitkräften hinaus in eine gewerblich-technische oder akademische Berufslaufbahn soll weiter verbessert werden.

Hierüber waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises „Wehrdienst und Berufswelt“ einig, die in diesen Tagen zu einer Arbeitstagung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln zusammen kamen. Ebenfalls einig war man sich über den hohen Stellenwert aller Maßnahmen, mit denen die Bereitschaft der Wehrpflichtigen gefördert wird, sich der Verpflichtung zu Grundwehrdienst oder Reservetätigkeiten zu unterziehen. Dazu können nach Auffassung des Arbeitskreises u. a. eine weitgehende Berücksichtigung von Einberufungswünschen nach Zeit und Ort, ein vermehrtes Angebot von Weiterbildung begleitend zur Dienstzeit und insgesamt ein differenziertes Informations- und Beratungskonzept über Art, Umfang und Dauer des Wehrdienstes beitragen.

Der Arbeitskreis appellierte an alle Beteiligten – nicht zuletzt an die Wehrpflichtigen selbst – von den angebotenen Möglichkeiten durch eigenes Engagement Gebrauch zu machen. Damit könnte auch die Attraktivität des Wehrdienstes gesteigert werden.

Für dringlich erachteten die im Arbeitskreis vertretenen Verbände und Institutionen die Gleichstellung wehrübender Reservisten aus der Wirtschaft mit denen aus dem Öffentlichen Dienst hinsichtlich der Verdienstausschüttungen und der rentenrechtlichen Ansprüche.

## Büchermarkt

**Jörg Zink: Tief ist der Brunnen der Vergangenheit.** – Eine Reise durch die Ursprungsländer der Bibel. Kreuz-Verlag Stuttgart 1988.

Reisen in den Nahen Osten, z. B. nach Israel und Ägypten erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Und diese Ziele sind auch immer mit einer Reise in die Vergangenheit verbunden und gerade in diesen Gebieten liegt die Beziehung zur Bibel, zur biblischen Geschichte besonders nahe. Das Zitat aus Thomas Manns Roman „Jakob und seine Brüder“ ist als Buchtitel hier ganz besonders treffend.

Ein Reiseführer besonderer Art hat jetzt Jörg Zink verfaßt. 400 Seiten mit 800 hervorragenden Bildern laden ein zu Besinnung auf die Lebensweise früherer Jahrhunderte. Das Grundthema der Reisebeschreibung Zinks durch Zeit und Raum ist die Frage, wie sich im Laufe der Jahrtausende die Vorstellungen von Gott, Welt und Mensch gewandelt haben, bis sie einmündeten in die Gestalt Jesus Christus.

Mit der Ausbreitung des Christentums fand zugleich das Erbe des Orients und Griechenlands Eingang in das Abendland und prägt bis heute unser Denken, obwohl uns dies sehr oft lange nicht mehr so bewußt ist. Die Reise führt durch die heutigen Länder Iran, Irak, Syrien, Libanon, Israel, Jordanien, Arabische Halbinsel und Jemen, Ägypten, Zypern, Kreta, Türkei, Griechenland und Italien. Die Menschen und Landschaften dieser Regionen und ihre bedeutenden archäologischen Stätten sind auf brillanten Fotos festgehalten. Dabei sind viele

Ansichten auch für denjenigen neu, der diese Länder schon zu kennen glaubt und jetzt merkt, wie man sie auch anders sehen kann.

Er breitet vor dem Leser das weiträumige Panorama der Jahrtausende alten Geistes- und Kulturgeschichte dieses Raumes aus und zeichnet die biblischen Geschichten in der jeweiligen Umgebung nach.

Das Buch ist zur Besinnung, zur Reisevorbereitung und zur nachträglichen Vertiefung sehr geeignet und auch ein ideales Geschenk. **Martin W. Huff**

**Pannenberg, Wolfhart: Wissenschaftstheorie und Theologie** – 1. Aufl. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987.

Nachdem Wolfhart Pannenberg im ersten Teil dieses Buches eine Übersicht über die wichtigsten der in der wissenschaftstheoretischen Diskussion vertretenen Auffassungen gegeben und ihre Bedeutung für das Selbstverständnis der Theologie geprüft hat, konzentriert er sich beim zweiten Teil auf die Frage, in welchem Sinne Theologie als Wissenschaft möglich ist, welches ihre mit anderen Wissenschaften gemeinsamen Grundzüge sind und worin ihre Besonderheit im Verhältnis zu anderen Wissenschaften liegt.

„Zum erstenmal, seit Barth und Bultmann vor rund fünfzig Jahren die Theologie darauf eingeschworen hatten, sich ausschließlich auf die nicht zu hinterfragende Offenbarungsautorität und auf die subjektive Glaubensentscheidung dafür zu gründen, liegt jetzt ein überzeugender Gegenentwurf vor.

## 9. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden in Karlsruhe

<b>Thema:</b>	Das christliche Menschenbild
<b>Termin:</b>	Mittwoch, den 21. 06. 1989, 19.30 Uhr
<b>Ort:</b>	Heinz-Schuchmann-Haus, 7500 Karlsruhe-Rintheim Heilbronner Straße 30
<b>Referent:</b>	Pfarrer Dr. Helmut Schmidt, Theol. Leiter des Fachseminars für Gemeindepflege, Karlsruhe-Rüppurr
<b>Gesamtleitung:</b>	Hans-Michael Bender, Karlsruhe

**Anny Hahn, Traugott Hahn – Ein Märtyrer des 20. Jahrhunderts.** Pappband, 144 Seiten. Brendow Verlag, Moers 1988.

In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts wurde Traugott Hahns Name in weitesten Kreisen der Christenheit über Deutschland hinaus plötzlich bekannt. Sein Leiden und Sterben während der bolschewistischen Revolution (er wurde nur 43jährig 1919 in Riga erschossen) wurden zum Symbol für einen neuen Abschnitt der Geschichte der Kirche.

Traugott Hahn, Professor und Pfarrer, war keineswegs der einzige, der damals als Christ sein Leben verlor. Hunderte von Pastoren, Priestern und Gemeindegliedern wurden in jenen Jahren der Revolution umgebracht. Aber das Lebensbild und ergreifende Zeitzeugnis aus der leidenden baltischen Kirche, dessen letzte Kapitel seine Frau Anny unmittelbar nach dem Tod ihres Mannes in tiefem Schmerz und wacher Erinnerung niederschrieb, läßt uns in die inneren Nöte hineinschauen, die zu dem Entschluß führten, statt zu fliehen, bei der bedrängten Gemeinde zu bleiben und das Martyrium zu wählen.

**Eckart Busch: Der Wehrbeauftragte, Organ der parlamentarischen Kontrolle.** 3. neubearbeitete Auflage, 200 Seiten, kartoniert. D & M Verlag, Heidelberg 1989

Die Institution des Wehrbeauftragten blickt 1989 auf 30 Jahre Amtstätigkeit zurück. Die Wehrbeauftragten von Grolman, Heye, Hoogen, Schultz, Berkhan und Weiskirch haben ihr – ein jeder auf seine Weise – Prägung und Profil verliehen. In der Mittlerfunktion dieses Amtes zwischen Bundestag, Bundeswehr und Gesellschaft haben sie ihren Beitrag dazu geleistet, daß Streitkräfte und Soldaten von Volk und Staat anerkannt und angenommen werden.

Vor diesem Hintergrund ist der nun in 3. Auflage vorliegende Wegweiser geschrieben. Er beleuchtet Stellung, Aufgaben und Wirkungsweise des Wehrbeauftragten als einer besonderen Einrichtung des deutschen Parlamentarismus. Die Neuauflage berücksichtigt die Entwicklung bis März 1989. Sie erscheint zum 30. Jahrestag der Aufnahme der Amtsgeschäfte durch den ersten Wehrbeauftragten am 3. April 1959.

### Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Essen

Zum Thema

### „Das Spannungsverhältnis von Ethik und Journalismus“

spricht **Wulf Mämpel**  
von der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung

**Donnerstag, den 22. Juni 1989, 19.30 Uhr**  
Essener Hof, Teichstraße, Essen

### Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

**23. Juni 1989, 10.30–16.30 Uhr**  
Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

### Treffen für EAK-Vorsitzende

Beiträge mit anschließender Diskussion von:  
Hans Bleckmann, OKR Hermann Kalinna, Hans Schneider

## Aus unserer Arbeit

### Deutsche helfen Deutschen – Unser Auftrag für die Aussiedler

**Düsseldorf.** „Unsere deutschen Landsleute angemessen aufzunehmen und einzugliedern stellt eine nationale Herausfor-



von links: Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Dr. Hans Horn, Dr. Jürgen Lichtenberg, Dorothee von Schlieben

derung dar, der wir uns mit aller verfügbaren Kraft stellen müssen“, mit dieser Kernaussage trat der Bundesbeauftragte unserer Regierung für Aussiedlerfragen, der Parl. Staatssekretär **Dr. Horst Waffenschmidt** vor die Teilnehmer an einer öffentlichen Veranstaltung.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Bezirk „Bergisches Land“ hatte zu einem Treffen geladen, auf dem die allseits bedrückenden Probleme der Unterbringung und Integration der etwa 200 000 Deutschen, die jährlich neu in die Bundesrepublik kommen, angesprochen und nach Lösungen gesucht werden sollte.

Der Referent Dr. Waffenschmidt machte klar, daß die Bundesregierung in erster Linie daran arbeitet, die Verhältnisse der Deutschen in den Ostblockländern so zu verbessern, daß diese gar nicht erst in den Westen kommen. Wenn dann aber trotzdem etliche ein Leben in einer westlichen Demokratie vorziehen, sollten sie uns willkommen sein, und wir müssen dafür sorgen, daß sie möglichst schnell Wohnung und Arbeit finden können.

Die nachfolgende Diskussion zeigte, daß das Hauptproblem in der ungleichmäßigen Vertei-

lung der Umsiedler auf die Gemeinden eines der Hauptprobleme ist und die Versorgung mit Wohnraum für Großfamilien ungewohnte Probleme schafft. Kirchliche Initiativen und Aktivitäten in den Parteien wurden angesprochen und stärkeres Engagement gefordert.

### Ethik des Alterns gefordert

**Königswinter.** Auf einer gemeinsamen Tagung des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und des Bundesvorstandes der Senioren-Union der CDU-Deutschlands hielten die beiden Bundesvorsitzenden **Albrecht Martin** und **Gerhard Braun** als Ergebnis fest, daß eine Ethik des Alterns nötig sei, damit dem gewandelten Selbstverständnis sowie den Anliegen und Bedürfnissen der älteren Menschen Rechnung getragen wird. Dies bedeute, daß die älteren Menschen nicht länger ausschließlich als Empfänger von Schutz und Versorgung betrachtet werden, sondern vielmehr als aktive und kompetente Partner, die vielfältige Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in allen politischen Angelegenheiten haben.

Ethik des Alterns heißt die zentrale Herausforderung an alle Menschen, die eine zukunftsorientierte Sinngestaltung unserer Gesellschaft wünschen und wollen. Diese Sinngestaltung beinhaltet eine grundsätzliche Zuwendung zum Leben und zum Lebendigen..

Senioren-Union und Evangelischer Arbeitskreis wollen in Zukunft politische Aktivitäten kooperativ absprechen. Diese Kooperation soll bereits beim nächsten Bundesparteitag der CDU zum Tragen kommen.

### Gegen die Verunglimpfung politisch Andersdenkender

**Nienburg.** Daß dem Thema „Umgang mit politisch Andersdenkenden“ besondere Bedeutung zukommt, bewies die umfassende Erörterung auf der Sitzung, zu der der erweiterte Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Nienburg eingeladen war. Mehr denn je, so faßte Vorsitzender **Gernot Pittius** die Diskussionsbeiträge zusammen, muß darauf hingewirkt werden, daß politische Auseinandersetzungen sachorientiert bleiben und auf moralisierende Stellungnahmen verzichten.

Der Evangelische Arbeitskreis sieht die offenbar immer wichtiger werdende Aufgabe, in ökumenischer Zusammenarbeit mit Hinweis auf das „C“ im Parteianamen daran zu erinnern, welches der allgemeingültige Maßstab für das Verhalten in der politischen Auseinandersetzung sein muß.

### Nimmt Bindekraft an institutionelle Werte ab?

**Pinneberg.** Der Evangelische Arbeitskreis in der CDU muß das Wesen des Protestantismus – d. h. protestieren gegen Fehlentwicklungen unserer Zeit – verwirklichen. Protestieren nicht um des Protestes willen, sondern die Auseinandersetzung um unsere Lebensgrundlagen suchen. Dazu zählen: die Überbevölkerung, umweltschonende Industrie, Landwirtschaft sowie die Luft- und Wasserverschmutzung.

Diese Empfehlung gab **Dr. Christian Walther**, Professor der Theologie und Sozialethik an der Bundeswehr-Universität Hamburg, dem EAK im CDU-Kreisverband Pinneberg im Rahmen einer EAK-Diskussionsveranstaltung.

Die Probleme unserer Zeit würden immer vielseitiger und somit unüberschaubar, sie seien inzwischen so „vernetzt“, daß die bisherigen Lösungsgrundmuster heute nicht mehr ausreichen. Was wir brauchten

– so Prof. Walther – seien neue Verhaltensweisen und Verhaltensmuster. Die Zeit des bloßen Klagens müsse vorbei sein. Walther bezeichnete es als einen schweren Irrtum, die Bevölkerung vierzig Jahre in dem Glauben gelassen zu haben, daß wirtschaftlicher Wohlstand gleich Glück bedeute und alle Wünsche vom Staat zum Null-Tarif erfüllt werden könnten. Spätestens jetzt müsse man erkennen, daß Verzichtleistungen zu erbringen seien. Doch jetzt – so der Referent – wo die Solidarität auf dem Prüfstand stehe, zeige sich, daß das „Solidaritätüben“ bei uns nicht sonderlich ausgeprägt sei.

Die angeregte Diskussion zeigte, daß Prof. Walther wesentliche Fragen, die die Menschen heute bewegen, angesprochen hat.

### Gentechnologie – Brauchen wir eine gesetzliche Regelung?

**Düsseldorf.** Der EAK-Kreisvorstand hatte **Heinz Seesing** MdB ins DAG-Haus eingeladen. Seesing, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Fragen der Gentechnologie und Reproduktionsmedizin, referierte zum Thema „Gentechnologie – brauchen wir eine gesetzliche Regelung?“. Er stellte die Ergebnisse der Enquete Kommission Chancen und Risiken der Gentechnologie vor. Ausführlich legte er nicht nur die Problematik der Gentechnologie dar, sondern führte auch in die rechtspolitischen Probleme ein. Ganz energiegelad verteidigte Seesing die menschliche Keimzelle als Beginn menschlichen Lebens gegenüber allen gentechnologischen Interventionen. Anders muß die Situation im Bereich der Medikamentenherstellung oder aber der Pflanzenzucht gesehen werden. Es muß auch in diesem Bereich eine verantwortete Weiterentwicklung geben, diese benötigt dann einen gesetzlichen Rahmen. Auch bei jeder beherrschbaren Technik bleibt ein gewisses Restrisiko – das schwächste Glied in dieser Kette ist der Mensch und seine Umwelt, es gilt diese zu schützen.

Von allen Seiten wurde die undifferenzierte öffentliche Diskussion zu diesem Thema beklagt. Herr Seesing schloß die Diskussion mit der Bemerkung, daß wahrer Fortschritt nur erreicht wird, wenn moralische Grenzen nicht überschritten werden.

## Zur Diskussion: Kirche und Polemik

Im Hohbuch-Brief 1/89, dem Gemeindeblatt der Evangelischen Kirchengemeinde Hohbuch Reutlingen, schreibt Pfarrer Jörg Mutschler, der verantwortliche Redakteur, folgenden Beitrag.

### Glaub-Würdigkeit?

„Im Konfirmanden-Unterricht reden wir jetzt über die Gebote. Und jetzt frage ich Sie, die Eltern und Paten, die mündigen Christen: Wie sollen wir unseren Kindern vermitteln, daß das achte Gebot immer noch gilt, auch wenn die (christlichen) Lügner in Bonn täglich dagegen handeln? (Unser Innenminister hat seinen Meineidprozeß schon hinter sich.) Wie sollen wir unseren Kindern vermitteln, daß das fünfte Gebot immer noch gilt, wenn unsere christliche Regierung das Handelsgeschäft von Mördern deckt und davon profitiert, Export muß ja schließlich sein, egal was. (Wer Giftgas und Waffen herstellt und verkauft und wer diesen Handel deckt, für den finde ich keinen anderen Namen als ‚Mörder‘.“

**Eine ganz grausige Erwägung nur am Rande: So kann**

**man sich des Asylantenproblems auch entledigen: Man läßt sie einfach in ihren Heimatländern schon vergiften!**

*Zu welch todesverachtendem oder besser noch lebensverachtendem Zynismus der „Verteidigungs“-Minister fähig ist, hat er mehrfach bewiesen in Wort und Tat. Es wird weiter ge(f)logen und damit gefährdet, was geschützt werden soll, wenigstens dem Amtseid nach. Aber was ist der noch wert?*

*Ich frage Sie, die Eltern und Paten, die mündigen Christen: Wie sollen wir unseren Kindern vermitteln, daß Christsein möglich ist und richtig ist, in allen Lebensbereichen, angesichts der unglaublichen moralischen Verwahrlosung unserer Politiker, und fatalerweise gerade derer, die sich auf das „C“ berufen, wenn's ihnen grad paßt? Der religiöse Schluß der Eidesformel: So wahr mir Gott helfe, verkommt so zur Gotteslästerung.*

*Bitte antworten Sie! (Hier öffentlich im Hohbuchbrief.)“*

*In Sorge, Trauer und Zorn*

**Ihr J. Mutschler**

Liebe EV-Leser! Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung zu diesen Äußerungen, die in einem Gemeindeblatt erschienen sind.

### Landestagung EAK-NRW in Tannenhof

**Remscheid.** Der Landesvorstand des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU“ tagte in der „Stiftung Tannenhof“, der Evangelischen Nervenklinik in Remscheid-Lüttringhausen.

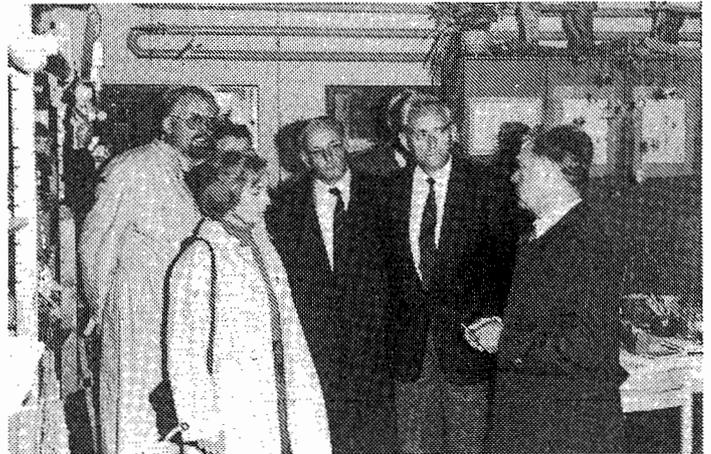
Die Vorstandsmitglieder nutzten die Gelegenheit, sich vom Geschäftsführer des „Tannenhof“, **Paul Muckel**, die Einrichtungen der Stiftung und speziell die Beschäftigungstherapie zeigen zu lassen.

Bei den anschließenden Gesprächen im Kreis des Vorstandes beschäftigte man sich unter anderem mit der Situation der Pflegekräfte und kam zu der

Aussage, daß „der Evangelische Arbeitskreis des Landes Nordrhein-Westfalen die Bemühungen unterstützt, den Pflegekräften in Kliniken und bei der ambulanten Hilfe, in Alten- und Pflegeheimen eine bessere Entlohnung für Ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit zukommen zu lassen“.

### Kein Fremdenhaß – aber Verunsicherung

**Simmern.** „Zusammenleben mit neuen ‚Nachbarn‘ war das Thema einer Gesprächsrunde im Simmerner Schloß, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU eingeladen hatte. Die Integration der ‚Fremden‘ in unserer Gesell-



Von links: Paul Muckel, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, Dr. Gerhard Rödding, Karl-Heinz Humpert

schaft ist zu einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe geworden, um auch künftig den sozialen Frieden in der Bundesrepublik zu erhalten.“ Diese Aussage aus der Einladung unterstrich auch der Vorsitzende des Arbeitskreises, Staatsminister **Albrecht Martin**, in seiner Begrüßung.

Martin, der das Gespräch leitete, betonte, daß es der Bevölkerung offensichtlich Schwierigkeiten bereite, die unterschiedlichen Gruppen, wie z. B. Asylbewerber und Aussiedler, „nicht in einen Topf zu werfen“.

„Die Abneigung gegen die Fremden wächst“, stellte **Eberhard Cherdron**, Landespfarrer für Diakonie aus Speyer, fest. Gleichzeitig wachse auch das Unwohlsein der Ausländer, und es sei dringend notwendig und auch eine Aufgabe der Kirche, sich um ein Klima zu bemühen, in dem Ausländer sich wohlfühlen. Dazu müsse man verstärkt

den Blick auf die Situation der Fremden richten und von dort aus überlegen, was zu tun sei.

Fremdenfeindlichkeit sei keine generelle Haltung der Deutschen, meinte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Johannes Gerster**. Es handle sich eher um Fremdenangst aus dem Gefühl heraus, überfordert zu sein.

Die Diskussion bewies, daß alle Aspekte des gestellten Themas in einem zweistündigen Gespräch höchstens angesprochen, jedoch nicht ausdiskutiert werden können.

### Christen in der Politik müssen Spannungen aushalten

**Hildesheim.** Keinen Richtungswechsel, sondern nach-

drückliches Engagement wie bisher bedeuteten die Änderungen im Landesverband des Evangelischen Arbeitskreises der Niedersachsen-CDU – so charakterisierte **Gustav Isernhagen**, Wietzendorfer Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, die Neuwahlen auf der Landestagung des EAK in Hildesheim. Einstimmig wählten ihn die Delegierten der Kreisverbände zum Nachfolger der bisherigen Vorsitzenden **Gesa Conring**, die für das Stellvertreteramt kandidierte, weil „immer wieder Jüngere in die Führung aufrücken müssen“.

Je ein Referat aus katholischer und aus protestantischer Sicht erläuterten das Thema der Tagung. Umweltminister **Dr. Werner Remmers** sah die gemeinsame Aufgabe der beiden Konfessionen: Gegen eine „Endzeitstimmung“, die sich in übersteigerten Wünschen und Ängsten artikuliere, müsse tätige Solidarität treten: „Einer trage des anderen Last!“ Im Vertrauen auf die Verheißungen des Glaubens können politische Entscheidungen getroffen und die Spannungen zwischen unabweisbarer Verantwortlichkeit und Einsicht in die Vorläufigkeit der Welt ausgehalten werden.

Daß evangelische und katholische Mitglieder der CDU bei ihrem politischen Einsatz sozusagen ökumenisch zusammenstünden, hielt der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, für selbstverständlich. Ihre gemeinsame Aufgabe sei, in Teamarbeit gegen Diesseitsverkrampfung und selbstsüchtige Forderungen Stellung zu nehmen. Jeder müsse sich auch als CDU-Mitglied zu seiner Kirche bekennen und dort auch seine politischen Erfahrungen einbringen.

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn  
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

7

\$

### Unsere Autoren:

Generaldekan  
Reinhard Gramm  
Godesberger Allee 107 a  
5300 Bonn 2

Paul Breuer, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Eduard Lintner, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Agnes Franchy  
Heerstraße 136  
5300 Bonn 1

Arnulf Borsche  
Lyoner Straße 23  
6000 Frankfurt 71

Jürgen Wohlrabe, MdA  
John-F. Kennedy-Platz,  
Rathaus Schöneberg  
1000 Berlin 62

Ministerpräsident  
Dr. Walter Wallmann  
Bierstadter Straße 2  
6200 Wiesbaden

## Berliner Kirchentag – (K)ein Nachruf!

„Alles, was links ist, lobe den Herrn“, so charakterisierte ein im kirchlichen Liedgut beschlagener Mitarbeiter am benachbarten Stand der Jungen Liberalen den Kirchentag, als wir am Ende gemeinsam das Altpapier zum Container trugen. Er hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch für diesen Berliner Kirchentag galt: Völlig uneingeschränkt wohl und dazugehörig konnten sich nur diejenigen fühlen, denen „das Herz links schlägt“. Wir anderen hatten es schwerer. Dennoch hat es sich gelohnt, dabeizusein. Denn trotz der vielfach gebotenen politischen Einseitigkeit, der unevangelischen Gesetzmäßigkeit (die sich u. a. auch in der Abschlußpredigt von Pastorin Wartenberg-Potter nicht verbergen konnte) und trotz der empörenden Behandlung der IGfM, die aber glücklicherweise ein Einzelfall blieb – trotz all dieser Ärgerlichkeiten gab der Kirchentag doch auch dem Evangelium freien Raum, hat er Menschen angesprochen durch gute Bibelarbeiten, Gottesdienste und Vorträge, bot er Gelegenheit zur Stille und Seelsorge. Und wer sich über die politischen Positionen der Union korrekt informieren wollte, fand dazu ebenfalls Gelegenheit: am Gemeinschaftsstand von EAK/JU/RCDS auf dem „Markt der Möglichkeiten“.

Von einem solchen Stand aus gesehen hat der Kirchentag ein anderes Gesicht. Die oft emotional aufgeheizte Stimmung der großen Foren fehlt; es ist viel mehr Nachdenklichkeit, Frage, Diskussionsbereitschaft auch bei jungen Leuten anzutreffen. Viele Menschen zogen vorüber, warfen einen neugierigen Blick in den Stand.

Viele traten näher, beteiligten sich an unseren Umfragen zum

Thema „Menschenrechte“, diskutierten mit uns. Es gab Gespräche, in denen es hart herging, Gesprächsteilnehmer, die uns das Daseinsrecht auf diesem Kirchentag absprachen. Unmittelbar darauf steuerte ein Rollstuhlfahrer unseren Stand an wie eine Oase: „Es ist gut, daß ihr hier seid“. Zwei junge Leute, offensichtlich aus der Ökologie-Szene, verabschiedeten sich nach einem lebhaften Gespräch: „Es hat Spaß gemacht, mit euch Jungs zu diskutieren“.

Es half uns, daß auch Spitzenpolitiker der CDU/CSU sich stellten. Am Stand gelang es Bundesminister Warnke, der gerade aus Nicaragua zurückgekehrt war, manche verklärte Vorstellung über dieses Eldorado der Linken zurechtzurücken. Rita Süßmuth und Norbert Blüm, die hervorragende Beiträge auf dem Kirchentag leisteten, sind nicht zu unserem Stand vorgedrungen. Aber Eberhard Diepgen hielt lang aus und zog viele Besucher durch seine offene, sympatische Diskussionsfreude an. Albrecht Martin, Werner Dollinger und zahlreiche MdBs standen ihm nicht nach. Sie alle waren da, und das war wichtig. Es sei in diesem Zusammenhang ein Zwischenruf erlaubt: bitte keine Berührungängste. Die Union kann nur verlieren, wenn sie den Kirchentag links liegen läßt.

Irgendwo in einem U-Bahn-Schacht sah ich das Kirchentagsplakat „Unsere Zeit in Gottes Händen“. Ein Berliner hatte darunter geschrieben: „Da staunste, wa?“ Ich habe auf dem Kirchentag unter dem Vielen, das da zu sehen und zu hören war, auch manches im besten Sinne Stauenswerte entdeckt und bin dankbar dafür. **Gottfried Busch**

### Aus dem Inhalt:

- Dem Frieden dienen – Die Kirche und die Bundeswehr ..... 1
- Unsere Bundeswehr – Partner im Abrüstungsdialog ..... 3
17. Juni – Ein Gedenktag von aktueller politischer Bedeutung ..... 5
- Aussiedler – Fremde in der Heimat? ..... 5
- Zukunftschancen für Heranwachsende ... 7
- Gemeindetag unter dem Wort ..... 9
23. Deutscher Evangelischer Kirchentag ... 9
- Protestantische Profile – Walter Wallmann .. 11
- Kurz notiert ..... 12
- Büchermarkt ..... 13
- Aus unserer Arbeit . 14